Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926
Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt". Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Mk. 1.60, Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 48 — **Dienstag, den 27. Februar 1906** — 13. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Streiklust der deutschen Arbeiter.

F. T. Wenn man die deutschen Unternehmer hört, so könnte man glauben, in keinem Lande der Welt werde mehr gestreikt, als in Deutschland. Die Beunruhigung der Industrie durch die fortgesetzten Streiks schädige den Wettbewerb mit dem Ausland und wirke auf die Gewinnergebnisse der Betriebe schmälernd ein. Nun ist gern zuzugestehen, daß während der letzten Jahre die Streikbewegung in Deutschland sehr erheblich zugenommen hat. aber trotz dieser Zunahme bleibt bei einem internationalen Vergleich die Tatsache bestehen, daß die deutsche Arbeiterschaft in der Inszenierung von Streiks noch immer äußerst zurückhaltend ist. In industriell weniger stark entwickelten Ländern wird absolut oder relativ mehr gestreikt als in Deutschland. Die Intensität der Streikbewegung in einem Lande stellen wir bei den heutigen Methoden am besten fest, indem wir die Zahl der an Streiks während eines Jahres Beteiligten miteinander vergleichen und gleichzeitig das Verhältnis dieser Zahl zur Größe der Bevölkerung des Landes nicht außer acht lassen. Da ergibt sich nun für nachfolgende sieben Länder, für die ein Vergleich möglich, daß die Zahl der Streikenden während der letzten Jahre sich wie folgt stellte:

	1902	1903	1904
Deutschland	53 912	85 603	113,480
Oesterreich	37 471	43 297	57 924
Frankreich	112 704	123 151	271 097
Belgien	14 916	8,591	27 307
Niederlande	12 652	33 487	4 432
Italien	346 497	126,830	128 456
England	256 667	116 901	86 888
Zusammen	834,819	537,860	689,584

Allein schon aus dieser Zusammenstellung geht hervor, daß von den aufgeführten Ländern Deutschland an dritter oder vierter Stelle steht, obwohl Deutschland die stärkste Arbeiterklasse hat. Das Verhältnis verschiebt sich aber noch gewaltig, sobald wir die Zahl der Beteiligten auf je 100,000 der Bevölkerung berechnen. Es betrug

	die Bevölkerung (letzte Zählung)	auf je 100,000 Einw. kamen 1904 Streikende.
Deutschland	56,367 178	201
Oesterreich	26 150 708	221
Frankreich	38 962 945	696
Belgien	6 694 270	408
Niederlande	5,104 137	87
Italien	32 475 253	396
England	41,458,721	209

Abgesehen von den Niederlanden ist die Streikziffer pro Hunderttausend der Bevölkerung in keinem Lande so niedrig wie in Deutschland. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Niederlande im Jahre 1904 eine ausnahmsweise niedrige Streikziffer hatten. In den beiden Jahren vorher war sie bedeutend größer, so daß auch in den Niederlanden die relative Streikziffer höher war als in Deutschland. Auch in England war in anderen Jahren die Streikbewegung sehr viel umfangreicher als 1904, in dem die ungünstige Lage des Arbeitsmarkts die Streiklust so sehr dämpfte, daß die Streikziffer 1904 niedriger war als je in einem Jahre seit 1893. Auch in anderen Ländern mit starker Industrie, für die es eine periodische Streikstatistik nicht gibt, oder für die die Ergebnisse einer solchen Statistik nicht vorliegen, ist die Streikbewegung meist stärker, jedenfalls aber nicht schwächer als in Deutschland. Stärker ist sie z. B. jedenfalls in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Aus diesem internationalen Vergleiche geht auf alle Fälle soviel hervor, daß die Geneigtheit der deutschen Arbeiterschaft, in Streiks einzutreten, geringer ist als in anderen Ländern, daß die Benachteiligung der deutschen Industrie nicht so groß ist, wie vielfach behauptet wird. und daß namentlich von einer Beeinträchtigung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkte nicht die Rede sein kann, da gerade in den Konkurrenzländern mehr gestreikt wird als bei uns. Es ist allerdings darauf hinzuweisen, daß im Jahre 1905 die Streikbewegung in Deutschland gewaltig zugenommen hat, indem der große Bergarbeiterstreik allein zirka 190 000 Beteiligte umfaßte. Zweifellos rangiert im Jahre 1905 Deutschland unter den oben angeführten Ländern, für die meist die Ergebnisse der Streikstatistik vom letzten Jahre noch nicht vorliegen, ziemlich obenan. Aber im Durchschnitt mehrerer Jahre bleibt jedenfalls die Streiklust der Arbeiter geringer als in andern Industrieländern.

Es wäre unter Umständen sogar erfreulich. wenn die deutschen Arbeiter im Interesse nicht nur ihres eigenen sozialen Fortschritts, sondern auch zum Besten der deutschen Industrie selbst mehr Aktionslust an den Tag legten. Sie fehlt, weil eben die Organisationen vielfach noch zu schwach sind. Es heißt deshalb die Verhältnisse auf den Kopf stellen, wenn die Art und Weise, wie dies kürzlich auf der Hauptversammlung des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten geschehen ist, sich über die Beunruhigung beklagen, welche durch die Arbeiterschaft mit ihren Streiks stets und ständig erregt werde. Solche Behauptungen entbehren im Lichte eines internationalen Vergleichs jeder Berechtigung. Der deutsche Arbeiter streikt nicht mehr, sondern relativ weniger, als der in andern Industrieländern.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem Reichstage. Der Reichstag setzte am Sonnabend die General Justizdebatte fort. Erster Redner war Herr Dove von der freisinnigen Vereinigung, der innerhalb der einem wohlsituierten Bürger und wohlbestallten Handelskammersyndikus gezogenen Grenzen in wohlgesetzten Perioden allerhand an sich nicht unberechtigte Ausstellungen an der preußisch deutschen Justiz vorbrachte. In der Erwiderung machte Staatssekretär Nieberding die recht bemerkenswerte Eröffnung, daß die Erweiterung der Schwurgerichtskompetenz für ihn genügender Grund sein würde, die ganze Strafprozeßreform scheitern zu lassen. — In dreistündiger, oft von Wutausbrüchen der Junker und Einmischungen ihrer präsidialen Vertrauensmänner unterbrochener Rede zeichnete Genosse Stadthagen das Bild der Klassenjustiz, wie es in der Siedehitze des weißen Schreckens von Tag zu Tag greller hervortritt. Genosse Stadthagen gedachte mit besonderer Ausführlichkeit der Breslauer und Leipziger Schreckensurteile und der Forster Haftfolter und stellte wirksam die Unschuldigen - Razzia an Schönebergs „Blanker Hölle" dem tragikomischen Polizei Fiasko bei der Hennigjagd gegenüber. — Nach ein paar vom Staatssekretär und irgend einem hellen bundesrätlichen Sachsen gestammelten Bemerkungen nahm der freisinnige Volksparteiler Dr. Müller-Meiningen das Wort, der schweren Herzens die Richtigkeit der Ausführungen Stadthagens zugeben mußte und gegen die Heinzemänner nicht ungeschickt zu Felde zog. Die meist zutreffenden Ausführungen des Abg. v. Gerlach gipfelten in dem Satze: das schlechteste Gericht ist die Strafkammer, besser ist das Schöffengericht, das beste das Schwurgericht, das indessen auch noch demokratisch erweitert werden muß. — Am Montag und Dienstag sind silberne Hochzeitsferien; am Schwerinstag des Mittwochs steht zunächst der Antrag Rößler auf Gewährung von Veteranenbeihülfen auf der Tagesordnung.

Dem russischen Henker überliefert wurden von der Kattowitzer Polizei in vergangener Woche zwei russisch-polnische politische Flüchtlinge, namens Paszta und Kunt! Dieselben kamen in Begleitung eines Dritten namens Piecha mit der Eisenbahn von Sosnowice, der russisch polnischen Grenzstation, auf dem Bahnhofe in Kattowitz an und wurden vom dort aufgestellten Gendarm nach ihrer Legitimation gefragt. Da nach Ansicht des Beamten die von den Dreien vorgezeigten Halbpässe nicht mit dem Aeußeren der Paßinhaber übereinstimmten, übergab er die Fremden der Kattowitzer Polizei, die sie in Haft nahm. Am Mittage des nächsten Tages wurden die Verhafteten aus dem Polizeigefängnisse wieder entlassen, nachdem sie wegen Uebertretung der Paßvorschriften je drei Mark Strafe gezahlt hatten. Während man aber einen, den preußischen Staatsangehörigen Piecha, ganz laufen ließ, wurden die beiden russischen Staatsangehörigen von einem Kattowitzer Kriminalbeamten zum Bahnhof geführt, mit dem nächsten Zuge nach Sosnowice geschafft und dort der russischen Grenzkammer, d. h. den Kosaken (!) überliefert! Was dann mit den Unglücklichen geschah, weiß man nicht. Nach den Aeußerungen des Dritten, der den bedauernswerten Kollegen nach Sosnowice folgte, ist aber ihr Schicksal besiegelt, da sie als gefährliche Revolutionäre gelten sollen. — Das Vorgehen der Kattowitzer Polizei muß den empörten Protest jedes menschlich Fühlenden entflammen.. Seit längerer Zeit sind derartige Auslieferungen seitens der oberschlesischen Polizei nicht mehr erfolgt, man beschränkte sich vielmehr darauf. aufgegriffenen mittel- und legitimationslosen russischen Flüchtlingen einen Ausweg über Szczakowa (Galizien) zu ermöglichen. Seit kurzer Zeit ist das anders geworden, offenbar nicht aus eigenem Ermessen der Grenzpolizeibehörden sondern auf höhere Weisung. Von außerordentlich scharfen Grenzkontrollmaßregeln und sogar von völliger Aufhebung bisheriger Möglichkeit, die preußische Grenze von Rußland aus zu passieren, wird auch aus anderen oberschlesischen Grenzorten berichtet. So ist auf Anordnung des Landrats von Lublinitz (Oberschlesien) am Grenzübergang Preußisch Herby ein Gendarm postiert, der nur Inhaber von russischen Jahrespässen die preußische Grenze passieren läßt, die Inhaber der bisher geltenden Halbpässe aber unbedingt zurückweist. Die lebhaften Proteste der durch diese Hemmung des lebhaften Grenzverkehrs schwer geschädigten oberschlesischen Geschäftsleute sind bisher ohne Wirkung geblieben, man bleibt dabei, russische Polizeipraktiken in Preußen noch zu übertreffen. Ein solches Treiben, insbesondere aber die schmachvolle Auslieferung politischer Flüchtlinge, die hier nichts weiter verbrochen, als die mit ein paar Mark Geldstrafe belegte Uebertretung irgendeiner Polizeiverordnung, fordert die allerentschiedenste Verurteilung sowohl durch die unabhängige Presse, als auch im deutschen Reichstage heraus.

Ein agrarischer Trick. Der „Deutschen Fleischer-Ztg." ist ein vertrauliches Rundschreiben auf den Redaktionstisch geflattert, das die Taktik der Agrarier trefflich beleuchtet. Das interessante Dokument lautet:

Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg. — Berlin NW., d. 12. Febr. 1906, Kronprinzenufer 5—6. Fernspr. Amt II, Nr. 679.

Vertraulich.

Es ist uns bekannt geworden, daß beabsichtigt wird, im März d. J. (am 1. März tritt der neue Zolltarif in Kraft) die Viehmärkte, besonders den Berliner Markt mit so wenig Schweinen zu beschicken, um den Preis bis auf 80 Mark pro Zentner Lebendgewicht zu treiben und dadurch die Staatsregierung zu drücken, um sie zur Oeffnung der Grenze zu bewegen. Es scheint daher erwünscht, besonders für die Beschickung der ersten drei Märkte, das ist am 3., 7. und 10. März, zu sorgen, um nicht etwa durch unbegründete Zurückhaltung eine geringere Beschickung der drei Märkte herbeizuführen.

Wir bitten, in diesem Sinne wirken zu wollen, damit nicht etwa doch noch die Grenzen geöffnet werden und somit die Gefahr der Seucheneinschleppung besteht.

v. Arnim-Güterberg.

Für die Art und Weise, wie das Agrariertum „nationale" Wirtschaftspolitik betreibt, ist dieses Schriftstück ungeheuer bezeichnend.

Von unseren „herrlichen" Kolonien. In der Budgetkommission wurde bekanntgegeben, daß der Reichszuschuß für das kommende Etatsjahr auf 109,9 Millionen veranschlagt ist, das sind 23 Millionen mehr als im Vorjahre. Abg. Ledebour verlangte Auskunft über die seinerzeit gemeldete Burenverschwörung, da inzwischen eine Anzahl Buren verurteilt, nach Deutschland transportiert und in Harburg inhaftiert worden sind. Die Antwort soll im Plenum des Reichstages gegeben werden. Prinz von Hohenlohe gab sodann ein Telegramm aus Südwestafrika bekannt, daß der Häuptling Cornelius, dessen Gefangennahme dieser Tage amtlich gemeldet wurde, wieder entwischt ist. C. schützte vor, die anderen Häuptlinge auch zur Unterwerfung überreden zu wollen, ging fort und ist nicht mehr gesehen worden. Im Etat für Neu-Guinea werden 10 000 Mk. zur Unterstützung von Ansiedlern gefordert. Abg. Ledebour verlangte Auskunft, ob mit dieser Summe Farmer unterstützt werden sollen, die Queensland verlassen haben, weil durch die Gesetzgebung die Beschäftigung von Kalis verboten worden ist, während in Neu-Guinea derartige Gesetze nicht bestehen. Ein Geheimrat gab zu, daß die Farmer aus Queensland gekommen sind, dieses Land aber nicht der Kalifrage wegen verlassen haben wollen. Ein Antrag Ledebour, die verlangten 10 000 Mk. zu streichen, wurde abgelehnt. Die Forderung für den Bau eines Postgebäudes in Swakopmund führte zu einer Debatte, bei der verlangt wurde, mehr verheiratete Beamte in den Kolonien zu stationieren. Staatssekretär Kraetke machte dabei die Mitteilung, daß von den weißen Frauen in den Kolonien 90 Proz. krank werden, also in diesem Prozentsatz dem Klima nicht gewachsen sind. Und trotzdem propagieren Regierung und Kolonialpatrioten die Einwanderung weißer Männer und Frauen nach Südwestafrika. — Beim Etat für die Karolinen- und Marschallinseln brachte Abg. Erzberger zur Sprache, daß der Landeshauptmann Brandeis (Marschallinseln) die Prügelstrafe anwende, darüber aber keine Strafliste führen lasse, um diese gesetzliche Strafe zu vertuschen. Als sein Sekretär Kühn diesen Zustand zur Anzeige brachte, entließ Brandeis den Kühn und schickte ihn in die Heimat, wo er jedoch wieder angestellt wurde, angeblich weil man fürchtete, K. könnte sonst Unangenehmes ausplaudern. Geheimrat Rose gab zu, daß Brandeis prügeln lasse, aber — — ohne Brutalität. Wenn der Geprügelte vor Schmerz aufschrie — dann werde mit Prügeln aufgehört. Er müsse auch zugeben, daß im Strafverzeichnis die Prügelstrafe nicht enthalten sei; aber ohne Prügel sei einfach nicht auszukommen. Kühn sei wieder angestellt, weil der von ihm gegen den Fiskus ausgefallen wäre. Enthüllungen habe die Regierung nicht zu fürchten gehabt. Durch Verordnung sei bestimmt worden, daß bis zehn Hiebe verabreicht werden dürfen. Diese Verordnung ist, wie Abg. Südekum betonte, ungesetzlich und müsse rückgängig gemacht und über ihren Urheber genaue Auskunft gegeben werden. Wie die Prügelstrafe auf die Eingeborenen wirkt, bewies Abg. Erzberger an der Hand eines Bericht des Generalkonsuls Knappe, der einer Prügelexekution auf den Marschallinseln beigewohnt hat. Die Wirkung sei eine ganz abscheuliche gewesen; die Einge-

worenen wurden in höchste Erregung versetzt und nur der zufälligen Anwesenheit eines deutschen Geschwaders war es zu danken, daß nicht sofort ein Aufstand ausgebrochen ist. — Diese Angelegenheit wird noch im Plenum des Reichstages zu einer scharfen Auseinandersetzung führen.

Sächsisch-Russisches. Eine von 4000 Personen besuchte Volksversammlung im Krystallpalast in Leipzig, in der Reichstagsabgeordneter Genosse Stadthagen über Klassenjustiz und Sozialdemokratie sprach, wurde polizeilich aufgelöst. Grund: Angeblich beleidigende Bemerkungen des Redners.

Zu der Bülowschen Tafelrede auf dem Handelstage bemerkt die „Frankf. Ztg." sehr nett: „Erscheint Bülow vor den robusten Agrariern, so kommt er mit der Marktasche, die allerhand substanziellere Dinge enthält, und mit dem wohlgefüllten Portemonnaie — ein Mann, der sich den Situationen wohl anzupassen weiß: hier mit der Rhinozeroshaut, dort mit dem feinen Gefühl für die hinter seinem Rücken summende Fliege. Den Agrariern bietet er die Kameradschaft an und ist glücklich, wenn sie gnädig akzeptiert wird, dem Handel ruft er das charakteristische Wort zu: den größten Teil Ihres Wertes haben Sie sich selbst geschaffen. Das ist nur eine Umschreibung jener Richtschnur, der wir die schlechten Handelsverträge zu danken haben, wonach die gewerblichen Kreise es schon verstehen würde, sich durch ihre Intelligenz und Tatkraft den verschlechterten Verhältnissen anzupassen." — Auch solche Bosheiten werden freilich kaum durch Rhinozeresfelle dringen.

Rußland.

Gapon ein bezahlter Lump? Der „L.-A." meldet aus Petersburg: Der Präsident der siebten Abteilung der russischen Fabrikarbeiter, Petrow, veröffentlicht in der „Rußj" sensationelle Enthüllungen über den entflohenen Priester Gapon. Gapon hat nach den Erklärungen Petrows kurz nachher von Witte 30 000 Rubel erhalten, und zwar, wie Pater Gapon persönlich mitteilte, zu dem Zwecke, damit er ins Ausland entfliehe, zuvor jedoch die Verluste, welche die Arbeiter nach der Schließung ihrer Vereine erlitten hatten, durch die obige Summe decken könnte. Gapon gab tatsächlich für den angegebenen Zweck 7000 Rubel den Vereinen und entfloh mit den übrigen 23 000 Rubeln. Zum Schluß sagt Petrow: „Ich entschloß mich, die problematische Persönlichkeit Papons endlich ins rechte Licht zu rücken, sowohl im Interesse der Arbeiterschaft als auch im Interesse des russischen Volkes, zugleich aber auch, um zu zeigen, wofür die russische Regierung ihr Geld hinauswirft." — Als eine sehr merkwürdige Figur ist uns dieser Priester Gapon, der nach seiner „Flucht" sich an der Riviera in Gesellschaft „begeisterter Damen" amüsierte, immer vorgekommen. Aber ein Urteil über ihn zu fällen, ist man natürlich im Auslande, ohne genaue Kenntnis der Sachlage, nicht im stande.

Wiederaufflammen der Unruhen. Aus Moskau wird dem „Tag" gemeldet: Auf der sibirischen Eisenbahn sind abermals Unruhen ausgebrochen, welche immer größere Dimensionen annehmen. In Irkutsk meutert das Militär und droht mit bewaffnetem Aufstand. Diese telegraphische Verbindung mit Wladiwostok ist unterbrochen. Auch im Kaukasus breitet die Revolution sich aus. Täglich kommt es zu scharfen Kämpfen zwischen Militär und Aufständischen. Besonders in Kutais soll die Lage sehr ernst sein. Waffen neuester Konstruktion werden für die Revolutionäre aus dem Auslande eingeschmuggelt. — Um in den Gefängnissen Platz für neue Verhaftete zu schaffen, werden aus Moskau täglich Partien politischer Arrestanten nach den entferntesten Kreisen der Gouvernements Archangelsk, Ufa und Tobolsk verschickt, darunter Leute, in deren Handlungen der Untersuchungsrichter nichts Straffälliges entdecken konnte oder die während ihrer Haft nicht ein einziges Mal verhört wurden!

In einer Wahlversammlung in Warschau kam es zwischen Sozialdemokraten und Nationaldemokraten zu einem Revolverkampf, bei dem ein Arbeiter getötet und 15 verletzt wurden.

Frankreich.

Eine französische Marokkodebatte. In der Deputiertenkammer äußerte Denys Cochin den Wunsch, die Regierung über die auswärtige Politik und die Konferenz von Algeciras zu befragen. Der Ministerpräsident Rouvier erwidert, keine weitere Erklärung geben zu können, als die, daß die Verhandlungen von Algeciras im Zuge seien. Er verpflichte sich, gleich nach der Beendigung der Konferenz die erforderlichen Erklärungen zu geben. Jaures (SD.) erklärt, daß er nicht darauf verzichte, über Marokko zu sprechen. Der Regierung stehe es frei, nicht zu antworten. Nach neun Monaten Stillschweigens über die innere und äußere Politik seien jedoch nach der Meinung der Sozialisten Erklärungen notwendig. Die Mehrheit, so führt Jaures aus, ist unsicher, schwankend und gespalten. Das kommt davon, weil die Regierung eine zweideutige Politik verfolgt. Rouvier hat in der Frage der Trennung von Kirche und Staat eine unklare Haltung gezeigt. Die Demokratie hat das Recht, zu wissen, ob die Regierung die nötige Energie haben wird, die sozialen Reformen durchzuführen. (Beifall auf der äußersten Linken.) Jaures äußert in seinen weiteren Ausführungen sein Erstaunen und sein Bedauern über die Haltung Rouviers in der äußeren Politik und erklärt, er könne mit der Besprechung dieser Fragen nicht warten, bis die Konferenz in Algeciras vorüber sei, weil die Politik der Regierung zusammenhanglos und widerspruchsvoll sei. Seit 9 Monaten habe diese sich nicht auf einen Meinungsaustausch eingelassen. Wir wollen wissen, welche Weisungen sie unseren Vertretern gegeben hat. Ministerpräsident Rouvier unterbricht hier den Redner mit der Bemerkung, daß diese Weisungen mit den Erklärungen der Regierung durchaus im Einklang stehen. Jaures fährt dann in seiner Rede fort. Er erklärt, die Zweideutigkeit dauere fort. Das verantwortliche Parlament verharre in Schweigen, während sich draußen eine unverantwortliche Preßkampagne entfessele. Redner weist auf einen Artikel des gestrigen „Temps" hin, der aus offizieller oder offiziöser Quelle stammen könne. Rouvier antwortete hierauf: Sie wissen sehr wohl, daß die französischen Zeitungen unabhängig sind. Jaures erwiderte: Sie sagen damit, daß, wenn der „Temps" einen Artikel mit der Ueberschrift: „L'accord impossible" veröffentlicht, die Regierung dabei in keiner Weise ihre Hand im Spiele hat. Ich danke Ihnen. (Bewegung.) Jaures fährt fort: Warum in der Tat konnten wir nicht auf eine glückliche Lösung durch die Konferenz hoffen, wenn wir versichern, daß wir entschlossen sind, unter Wahrung unserer Rechte an der Aufrechterhaltung des Friedens zu arbeiten. Ich sage nicht, daß uns Deutschland unser Vorgehen erleichtert hat, daß das offizielle Deutschland unsere Bemühungen, zu einer Verständigung zu gelangen, unterstützt hat, daß es nicht Unrecht gehabt hat, seinen Standpunkt nicht genau darzulegen. Aber wenn es beabsichtigte, uns durch diese Unversöhnlichkeit von der englischen Freundschaft abzubringen, würden wir es laut aussprechen, daß wir die englische Freundschaft als ein Mittel ansehen, den Frieden zu erhalten und daß wir davon nicht abgehen. Ueber die Politik Delcassés ließ sich streiten, aber sie war klar. Es war eine falsche und unkluge Politik, Deutschland als quantité négligeable zu behandeln, aber es war eine entschiedene Politik. Sie haben recht daran getan, nach Algeciras zu gehen, aber Sie haben gerade damit den internationalen Charakter der Marokkofrage anerkannt. Warum verzweifeln Sie an einer internationalen Lösung dieser Frage! Man behauptet, daß ich die Interessen des Landes vernachlässige, indem ich die Marokkofrage auf die Tribüne bringe. (Bewegung.) Der Mangel an Kontrolle aber stürzt das Land in Gefahr. Jaures schließt, es wäre ein Wahnsinn, ein Verbrechen, wenn zwei große Länder sich aufeinander stürzen würden um diese elende Marokkofrage. Er könne daran nicht glauben. (Beifall auf der Linken, Bewegung.) Rouvier erwidert, er könne Jaures auf dieses Gebiet nicht folgen, er könne nur wiederholen, daß die den französischen Vertretern gegebenen Weisungen mit seinen Erklärungen übereinstimmten. Man könne nicht sagen, daß die Regierung allein die Verantwortung übernommen habe, denn die Kammer habe seine Erklärungen einmütig gebilligt. Frankreich wünsche aus voller Ueberzeugung die Aufrechterhaltung des Friedens, aber unter der Bedingung, daß der Friede unter Wahrung seines Rechts und seiner Würde erhalten bleibe. (Anhaltender Beifall rechts, links und in der Mitte.) Von der äußersten Linken ruft jemand: „finanzielles Interesse", worauf Rouvier erwiderte: Es ist eine Schamlosigkeit, einen solchen Ausdruck zu gebrauchen. Es handelt sich um politische Interessen, welche wir wahren, um unsere Sicherheit und unsere Würde. Wir werden nicht gestatten, daß man unsere Würde antaste. (Beifall.)

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote"

Berlin, den 24. Februar 1906.

52. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Nieberding.

Die zweite Lesung des Reichsjustizetats wird fortgesetzt.

Dove (FVg.) wendet sich gegen eine weitere Aufteilung der ordentlichen Gerichte in Berufsgerichte, gegen die Errichtung besonderer Handwerkerkammern bei den Landgerichten und fragt, wie die im Vorjahr ergriffenen Maßregeln zur Entlastung des Reichsgerichts gewirkt haben. Redner regt an das Wechselprotestverfahren zu vereinfachen und die Reichspost hiermit zu betrauen. Die Reform des Strafprozesses muß in erster Linie in der Einführung der Berufung und in der stärkeren Heranziehung des Laienelements bestehen. Die Vorschläge der Reichsjustizkommission sind unannehmbar, so weit sie sich auf die Abschaffung der Schwurgerichte beziehen. Im Gegenteil ist die Ausdehnung der Zuständigkeit der Schwurgerichte auf Preßdelikte dringend erforderlich. Unsere Rechtspflege ist auf wirtschaftlichem Gebiet keine Klassenjustiz, eher noch auf politischem. Als in den 99 Tagen eine gewisse Presse Kaiser Friedrich und Kaiserin Victoria mit Schmähungen überhäufte, und als ein freisinniges Blatt diese Schmähungen tiefer hängte, da wurde nicht das Schmähblatt, sondern dies freisinnige Blatt verurteilt. (Hört! Hört! links). Zweifellos muß das Verfahren in Beleidigungsprozessen einer Reform unterzogen werden. Die Beweisaufnahme in Beleidigungsprozessen führt oft dazu, daß möglichst viel sensationeller Klatsch aufgerührt wird, damit auf jeden Fall etwas an der beleidigten Person hängen bleibt. In gewissen Fällen sollte der Beleidigte gezwungen werden, eine nahmhafte Summe in die Armenkasse zu zahlen, ohne Rücksicht darauf, ob seine Behauptungen wahr sind oder nicht. Der minderbemittelten Klasse muß mehr Einfluß auf die Rechtspflege eingeräumt werden. (Beifall links).

Staatssekretär Dr. Nieberding: Die Beschlüsse der Strafprozeßkommission räumen dem Laienelement eine Mitwirkung an der Rechtsprechung in sehr erheblichem Umfange ein. Das wird auch der Presse zu Gute kommen. Von diesem Gesichtspunkte aus muß auch der Antrag Ablaß betrachtet werden, der die Zuständigkeit der Schwurgerichte auf alle Preßvergehen ausdehnen will. Würde dieser Antrag eine Mehrheit finden der Art, daß wir damit rechnen müssen, daß auch weiterhin die Mehrheit des Hauses an der Grundauffassung des Antrages festhält, so würde ich gar keinen Anstand nehmen, den verbündeten Regierungen zu empfehlen, von der Reform der Strafprozeßordnung Abstand zu nehmen. (Unruhe links.) Für ein solches Ziel eine so große Arbeit aufzuwenden, wie es die Strafprozeßkommission getan hat, würde ich da nicht für ratsam halten. — Den Gesetzentwurf über den Schutz der Bauhandwerkerforderungen nochmals erst der öffentlichen Kritik zu unterbreiten, bevor er an das Haus gelangt, würde ich nicht für ratsam halten. Es würde dadurch nur eine überflüssige Verzögerung eintreten. — Die vorjährigen Maßnahmen zur Entlastung des Reichsgerichts haben sich soweit sich dies nach der kurzen Zeit ihrer Wirksamkeit beurteilen läßt, ausgezeichnet bewährt. Den Gedanken, durch Schaffung von Hilfssenaten den vorhandenen Arbeitsstoff schneller zu erledigen, halte ich für höchst unglücklich. (Beifall.)

Stadthagen (SD.): Die Justiz hat die Aufgabe, die Ruhe und Ordnung innerhalb der bestehenden Gesellschaft aufrecht zu erhalten. Sie kann diese Aufgabe unmöglich erfüllen, wenn die herrschenden Klassen in der bisherigen Weise fortfahren, sie gegen die Bestrebungen der unterdrückten Klassen zu mißbrauchen. Bei allen solchen Versuchen muß die persönliche Freiheit und Ehre des Einzelnen mit untergraben werden, müssen sich die Folgen des Mißbrauchs gegen die Klasse selbst richten, die ihn treibt. (Sehr wahr! b. d. Soziald.) Wenn sie dies merkt, dann sucht sie äußerlich an der Strafprozeßordnung herumzukurieren. Eigentum, persönliche Freiheit und Arbeitskraft sollten als die Grundlagen der herrschenden Gesellschaft von ihr geschützt werden. Aber noch niemals waren sie so im Zustand der Unsicherheit wie jetzt. Doch ginge es viel zu weit, die Richter als bewußte Elemente der Klassenjustiz anzusehen. Nein, in dem unbewußten Dienst der Klassenjustiz, in dem sie stehen, muß auch die rein handwerksmäßige Ausbildung der Richter und ihre Unabhängigkeit und schwinden und damit auch das Vertrauen zu ihnen bei den herrschenden Massen selbst. (Zustimmung b. d. Soziald. Unruhe rechts.) Das Volk hat kein Vertrauen mehr darauf, daß die Richter nach Recht und Gerechtigkeit ohne Ansehen der Person urteilen. Im Gegenteil, ohne Ansehen der Tat lediglich nach Personen und Tendenzen wird geurteilt. Die bürgerlichen Klassen suchen das böse Gewissen, das sie haben, in Schrecken gegen die arbeitenden Klassen auszutoben. Daß der Mörder Hennig nicht gefunden werden kann, ist nicht Zufall, sondern bezeichnend für den Verfall der bürgerlichen Justiz, wenn sie sich von ihren eigentlichen Aufgaben abwendet. (Sehr wahr! b. d. Soziald.) Der Mörder wird verhaftet. Aber er ist anständig gekleidet, nicht Arbeiter, nicht Redakteur eines Arbeiterblattes (Sehr gut! b. d. Soziald.), trägt einen noblen Schwindelhut; wird also mit größter Höflichkeit behandelt und es gelingt ihm leicht zu entkommen. (Große Heiterkeit b. d. Soziald.) Vergleichen Sie damit, wie von derselben Polizei gegen arme Teufel vorgegangen wird. Ein armer Teufel geht hinaus nach der blanken Hölle, um etwas frische Luft zu schnappen, ihn faßt sofort die Polizei als vermeintlichen Verbrecher (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten) mißhandelt ihn, und weil er es öffentlich mitteilt, wird er noch obendrein wegen Beleidigung bestraft. (Hört, hört! links.) Die neue Strafprozeßreform will nun auch die letzten Garantien einer einigermaßen unparteiischen Rechtspflege beseitigen, und sie ganz zum Instrument der herrschenden Klasse machen. Der preußische Justizminister hat im Abgeordnetenhause die Zumutung, auf die Richter einzuwirken, gegen eine bestimmte Klasse vorzugehen, nicht mit Entrüstung zurückgewiesen, sondern versprochen, daß gegen Sozialdemokraten als Sozialdemokraten besonders scharf vorgegangen werden soll. Nie in der schlimmsten Reaktionsperiode sind die Richter so tief herabgesetzt worden. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) Nicht mehr als Richterin, als Rächerin fühlt sich die Justiz, und damit ist sie schlimmer geworden, als der Henker, der Scharfrichter. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Redner erinnert daran, daß die Justiz, die die Aufgabe hätten, das Koalitionsrecht zu schützen, es beinahe vernichtet hat. (Vielfaches sehr wahr! b. d. Soz.) Der Redakteur Erdmannsdörfer, ein bürgerlicher Ideologe, ging einmal während eines Streiks in der Kochstraße ruhig auf und ab. Er wurde fortgewiesen und bestraft. Es ist ja auch unerhört, wenn sich ein gebildeter Mann überzeugen will, daß ungesetzlich gegen Arbeiter vorgegangen wird. Weil er Zweifel in diese unsere Angabe gesetzt hat, ist er bestraft worden. (Heiterk. b. d. Soz.) Wenn es der Raubmörder Hennig gewesen wäre — den hätte man ruhig stehen lassen, der steht nicht Streikposten. (Große Heiterk. links.) Eine große Reihe von Arbeitswilligen, von diesen „nützlichsten Elementen", sind ja ehemalige Zuchthäusler. Wie in Rußland sich der Zarismus auf die ehemalige Verbrecher, die Holigans, die schwarzen Banden, stützt, so sind ja auch bei uns Spitzbuben und Betrüger die Stützen der Gesellschaft. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die tendenziöse Willkür in der Ausübung der Gesetze erreicht ihren höchsten Triumph in dem Ausspruch des Reichsgerichts: Das Koalitionsrecht ist ein strafrechtliches Privilegium! (Vielfaches Hört, hört! links.) Auch die bestehenden Schwurgerichte sind Klassengerichte, sind sie doch aus siebenmal durchgesiebten Angehörigen der herrschenden Klassen gebildet, um ausschließlich deren Interessen wahrzunehmen. Redner erinnert an das bekannte Urteil der Altonaer Geschworenen. Immer wird meine Partei für Tumulte verantwortlich gemacht. Es sollte aber richtiger heißen, wo die Polizei ist, da sind Tumulte. (Heiterk. u. Zustimmung b. d. Soz.) Ein großer Teil der Richter scheint auf dem Gebiete der Rechtsprechung gegen Arbeiter der Meinung zu sein, der Kampf für die bestehende Ordnung erfordere, die Arbeiter als Heloten, als Sklaven, als Tiere zu behandeln. (Lachen rechts.) Die Göttin der Gerechtigkeit scheint in Deutschland zwei Wagen zu handhaben; die eine für die Großen, die andere für die Armen. Redner verweist auf eine Reihe politischer Tendenzprozesse, auf das Urteil über Redakteur Loebe in Breslau. Aus solchen Urteilen spricht das böse Gewissen der bürgerlichen Gesellschaft. (Lebhafter Beifall b. d. Soz.) Urteile werden heute schon vor der Verhandlung gemacht. (Zurufe rechts: Beweisen!) Ich sage nie etwas, was ich nicht beweisen kann. (Lachen rechts.) Im übrigen ist ein solcher Fall erst jüngst konstatiert worden. Redner geht dann weiter auf das Urteil gegen die „Leipziger Volkszeitung" ein. Der Abg. Bassermann sagte neulich, ihm stehe bei manchen Urteilen fast der Verstand still. Ich wünschte, er stände ihm erst ganz still (Heiterkeit), damit der logische Verstand sich durchringt, der die Klassenurteile so würdigt wie wir. Als belastend sah man im Leipziger Prozeß besonders das Wort „Klassenkampf" an. Die Richter wissen eben nicht, daß ein vernünftiger Mann — ohne juristischen Verstand (Heiterkeit) — darunter nur einen wirtschaftlichen und politischen Kampf versteht. Der Oberstaatsanwalt Böhme bezeichnete in einer früheren Verhandlung dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Schmidt als gewohnheitsmäßigen Verleumder. Dieser selbe Staatsanwalt hat im Prozeß gegen die „Leipziger Volkszeitung" die ihm besonders im Magen liegt, weil sie immer die Wahrheit sagt (Heiterkeit rechts), seine Stellung zu niederträchtigen Schmähungen gegen Leute gebraucht, die außerhalb des Gerichtssaals standen. (Sehr gut! b. d. Soz.)

Präsident Graf Ballestrem ruft den Redner zur Ordnung.

Stadthagen fortfahrend: Wenn man ihm in der gleichen Weise vorwürfe, er halte sich im Hintergrund und scheue feige die Verantwortung, würde man als Arbeiter mindestens ein Jahr Gefängnis bekommen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Diese ganze Beschimpfung durch den Staatsanwalt sollte nur die politische Gegnerschaft gegen die Tendenz des Angeklagten bei den Richtern wachrufen, dieselbe tendenziöse Manier zeigt sich in der Art, wie überall auf unsere Flugblätter zum 21. Januar Jagd gemacht wurde. Erst suchte man sich der Flugblätter zu bemächtigen, und nachher wurde Anklage erhoben, hier wegen Aufreizung, dort wegen Beleidigung, anderswo wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen oder wegen Ungehorsams gegen die Gesetze und gar wegen Hochverrats immer gegen dasselbe Flugblatt. (Große Heiterkeit b. d. Soz.) Die meisten Richter haben schließlich freisprechen müssen, weil auch nicht ein Atom strafbaren Inhalts in den Flugblättern war, aber auch die Gerichte, die hierbei neue Schreckensurteile gefällt haben, mögen sich sagen lassen, daß man mit solchen Brutalisierungen und Drangsalierungen den Fortschritt der Sozialdemokratie nicht aufhalten kann. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Im

Jahre 1804 hat ein preußischer König die Gerichte angewiesen, in dem Kampf gegen die Pflichtwidrigkeiten und den bösen Willen der unteren Behörden die Presse nach Möglichkeit zu unterstützen. (Hört! hört; bei den Soz.) Aber das Reichsgericht hat erklärt, eine solche Verordnung nicht zu kennen. (Hört! Hört! links.) Jetzt handeln die Gerichte nach dem Grundsatz: Wenn die Presse Schandtaten aufdeckt, so macht sie sich dieser Schandtaten schuldig! In kurzer Zeit sind hintereinander eine Reihe von Zeugniszwangsverfahren gegen die Presse vorgekommen. So übt man einen Zwang aus, damit jemand eine unanständige Handlung begeht. (Hört! Hört! b. d. Soz.) Dabei behaupten die Herren von der Rechten immer, es gäbe keine Klassenjustiz. Ein Justizkollegium, das sich dazu hergibt, zu einer ruppigen, ehrlosen, gemeinen und unanständigen Handlung zu zwingen, soll kein Klassenkollegium sein? Von meinem Fraktionsgenossen Hoffmann verlangt man sogar, daß er angeben soll, wer ihm eine Mitteilung gemacht hat, die er im Parlament zur Sprache gebracht hat. (Hört! Hört! b. d. Soz.) Das ist alles erklärlich, wenn man daran denkt, daß der Kriegsminister vor einiger Zeit das Geständnis gemacht hat, daß es notwendig sei, Verbrechen, Duellmorde zu begehen. Man hat nicht nur den Redakteur der „Märk. Volksst.", Werner, verhaftet, sondern auch die Setzer, um sie zu zwingen, Geschäftsgeheimnisse zu verraten. Die sozialdemokratischen Setzer haben selbstverständlich diese Lumpenhandlung zurückgewiesen. Deshalb kommen sie ins Gefängnis. Welche Begriffe über Ehre müssen ihre Richter haben. (Rufe rechts: Sehr zutreffende!) Wenn Sie ein solches Vorgehen für zutreffend halten, so zeigt das eben, daß Ihre Begriffe über Ehre abgrundtief sind. (Rufe rechts: Unerhört! Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Graf Stolberg: Sie haben soeben geäußert, daß die preußischen Richter abgrundtief stehen. (Rufe b. d. Soz.): Sie haben wohl nicht zugehört!)

Stadthagen: Ich habe zu den Herren von der Rechten gesagt, daß ihre Begriffe über Ehre abgrundtief seien.

Vizepräsident Graf Stolberg: Ich rufe Sie wegen dieser Aeußerung zur Ordnung!

Stadthagen: Nunmehr ist hier unterstrichen, daß nach der Ansicht der herrschenden Klassen ehrlos derjenige handelt, der keine ehrlose Handlung begeht, daß dagegen derjenige Lob verdient, der einen andern zwingt, eine ehrlose Handlung zu begehen. Ich werde gegen diesen Ordnungsruf nicht das Urteil des Hauses anrufen, sondern das der Oeffentlichkeit. Solchen Männern gegenüber steht ja der Raubmörder Hennig erhaben da. Unter den zahlreichen Prozessen der neueren Zeit gibt uns insbesondere der der Kammerfrau Milewska zu denken. Der Staatsanwalt hat zwar erklärt, der Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein habe Vergleichsvorschläge abgelehnt, das ist aber nicht richtig, man wollte sehr gern einen Vergleich abschließen, wenn die Dame nur bereit gewesen wäre, in gewisse Briefe von hochgestellten Personen einen Einblick zu gewähren oder sie herauszugeben. Unwürdig ist die Stellung, in die die Rechtsanwälte gedrängt werden. Sie dürfen ihre politische Ueberzeugung nicht mehr frei betätigen. Tun sie es, so schreitet die Anwaltskammer gegen sie ein und streicht sie in der Liste der Anwälte. Unsere Justiz ist jetzt nicht ein Finder des Rechts, sondern ein Mitfinder des Unrechts. Richter und Anwälte sollen ihr Erstgeburtsrecht als Menschen, das Recht ihrer eigenen freien Ueberzeugung verkaufen, damit die Polizei sie gnädig behandelt. Pfui Teufel über solche Institutionen! (Beif. b. d. Soz.)

Staatssekretär Dr. Nieberding: Ueber den Prozeß Milewska werde ich dem Abg. Stadthagen antworten, sobald der Prozeß beendigt ist. Vorläufig haben wir das Vertrauen zu dem deutschen Richterstande, daß wie bisher alles, was zukünftig noch in der Sache geschieht, ihm zur Rechtfertigung und zur Ehre gereichen wird. Die Rede des Abg. Stadthagen könnte bei jedem, der mit den Gewohnheiten des Vorredners nicht vertraut ist, den Eindruck erwecken, als habe der Justizminister die Richter zu Ungunsten der Sozialdemokraten beeinflußt. Dabei hat der Minister es ausdrücklich abgelehnt, irgendwie auf sie einzuwirken. Im übrigen lehne ich es ab, dem Abg. Stadthagen zu erwidern. (Bravo! rechts.)

Sächsischer Bundesratsbevollmächtigter Dr. Börner: Der Verunglimpfung des Staatsanwalts im Prozeß gegen die „Leipziger Volkszeitung" muß ich mit aller Entschiedenheit entgegentreten. So lange der Prozeß noch schwebt, kann doch wohl niemand behaupten, daß das Urteil unrichtig ist.

Dr. Müller-Meiningen (FVp.) empfiehlt im Hinblick auf den Ruhstrat-Prozeß die Verwendung von Stenographen im Gerichtsdienst. Die Zuziehung von Sachverständigen im Thoma-Prozeß sei durchaus geboten gewesen. Die Gewährung von Diäten an Schöffen und Geschworene dürfe keineswegs auf die lange Bank geschoben werden. Redner führt weiter aus: Die allgemeinen Angriffe des Abg. Stadthagen gegen die deutschen Richter sind Uebertreibungen, die nur der berechtigten Kritik schaden, obwohl auch wir die vielen bedenklichen Urteile bedauern. Eine Frau, die in der Not und Kälte ein paar Kohlen entwendete, wurde zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, aber ein fürstlicher Rohling, wie der Fürst Kotschubey, der einen Menschen so mißhandelte, daß er zeitlebens siech sein wird, wird zu einer Geldstrafe verurteilt, die den Empfänger einer Rente von jährlich 400 000 Mk. nicht trifft. Da kann man wirklich mit dem Verteidiger von einer Prinzenjustiz sprechen. Herr v. Dircksen und Herr Roeren haben hier wieder große Sehnsucht nach einer neuen Lex Heinze geäußert. Mit der Wendung: Deutschland auch in der Pornographie voran! hat Herr v. Dircksen einen vollkommenen Mangel an nationalem Takt bewiesen. Auch wir empfinden nur Ekel vor gewissen Witzblättern, gewissen Theaterstücken und besonders vor der sensationellüsternen Prozeßberichterstattung über Mordprozesse mit sexuellem Hintergrund. (Sehr wahr! links.) Aber wir wollen die Kunst nicht von muckerischer Prüderie unterdrücken lassen. Mein Raritätenkabinett über Beispiele derartiger Prüderie ist ungeheuer angeschwollen. Nur zwei Beispiele: Das Mainzer Domkapitel hat Werke wie Michel Angelos Tag und Nacht, den Borghesischen Fechter, die Kugelspielerin, Danneggers Ariadne auf dem Panther als skandalös unanständige Beispiele der sogenannten modernen Kunst bezeichnet. (Große Heiterkeit.) Ein großes süddeutsches Zentrumsblatt hat es als unerhört bezeichnet, das Jesuskind ohne Umhüllung in der undezentesten Haltung abzubilden, wie das etwa Rafael getan habe, und die Straßburger klerikale Zeitung bemerkt dazu: „wozu überhaupt das Nackte. In den Kulturstaaten läuft doch — in der Oeffentlichkeit (Heiterkeit) — kein Mensch nackt umher; es ist sogar verboten." (Stürmische, langanhaltende Heiterkeit.) Die Bildung einer kräftigen Kunstauffassung durch Förderung guter Kunst und einer vernünftigen Sozialpolitik, insbesondere einer gesunden Wohnungsreform wirken hundertmal besser gegen den Schmutz als die ganze Traktätchenliteratur. (Bravo! links.)

v. Gerlach (FVg.): Die Fälle des Zeugniszwangs mehren sich ständig. In den letzten 24 Jahren vor 1900 kamen nur 18 Fälle vor, 1903 aber 5, 1904 sogar 7. (Hört, hört! links.) Dabei hat das ganze Verfahren keinen Zweck; denn in der deutschen Presse findet sich kaum ein Lump, der seinen Gewährsmann preisgebe. Sozialdemokratische Redakteure in Halle und Hanau wurden mit dem Zeugniszwang bedacht, nur weil Professor Fuchsland und ähnliche Größen ihre Rachsucht befriedigen wollten. Der Redakteur Stärke von der „Lippeschen Landeszeitung" ist zweimal in Zeugnishaft genommen und wie ein Sträfling behandelt. Seine Beschwerde hat man mit der höhnischen Bemerkung abgetan: Sie denken wohl, Sie sind bei Aschinger! Bei der Bildung der Schöffen- und Geschworenenliste sind im Pommerschen noch immer politische Gesichtspunkte maßgebend. Es zeigt sich, daß Preußen in Deutschland immer hintenan ist. Das zeigt sich auch im Gesinderecht. Ein Gutsbesitzer in Posen hatte neulich einen Knecht Koslowsky entlassen. Der Mann wurde wegen Verlassens des Dienstes unter Anklage gestellt, aber freigesprochen. Trotzdem behielt ihn die Polizei fünf Tage in Haft.

Staatssekretär Dr. Nieberding: Im Fall Koslowsky hat die preußische Regierung die Kompetenzfrage erhoben, deshalb ist der Mann vor einen besonderen Gerichtshof gekommen, daher die Polizeihaft. Der Zeugniszwang ist Sache der Richter. Ich bin aber auch der Ansicht, daß von diesem Mittel sehr vorsichtig Gebrauch gemacht werden müßte.

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. (Anträge Nißler betr. Unterarmenbeihilfe, Antrag Bassermann betr. Aenderung der Gewerbeordnung.)

Schluß 6½ Uhr.

Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 26. Februar 1906.

Zuzug nach den Möbelfabriken von Hintze u. Stech, Demuth u. Co., Gebr. Wasserstradt und Ad. Heß ist seitens der Möbeltischler, Drechsler, Maschinen- und Hülfsarbeiter streng fernzuhalten.

Zuzug von Werftarbeitern nach Rostock ist fernzuhalten, da 1600 Arbeiter der Neptunwerft ausgesperrt sind!

Gewerkschaften und Tagespresse. Ein beachtenswerter Vorschlag wird zu dieser Frage vom Genossen J. Meerfeld im „Korrespondenzblatt" der Generalkommission der Gewerkschaften gemacht. Es betrifft den Nachrichtendienst der Gewerkschaften an die Arbeiterpresse. Daß dieser Nachrichtendienst besser organisiert werden kann und besser organisiert werden muß, unterliegt gar keinem Zweifel. Mit Recht wird darauf verwiesen, daß die christlichen Gewerkschaften bei der kleinsten Lohnbewegung sich der politischen, das heißt Zentrumspresse, mit anerkennenswertem Eifer bedienen. Dieser Nachrichtendienst ist bei den Christlichen zentralisiert, von M.-Gladbach aus wird das Land überschwemmt mit Berichten über christliche Gewerkschaftstaten und über den sozialdemokratischen Terrorismus. Wäre bei den freien Gewerkschaften der Nachrichtendienst in nur ähnlicher Weise organisiert, so könnte man den Ausstreuungen über den gewerkschaftlichen Terrorismus und ähnlichen erfundenen Behauptungen viel wirksamer entgegentreten. Besonders bei Lohnbewegungen ist eine rasche Benachrichtigung der Partei sehr vonnöten. Diese Information müßte am besten von der Organisation selbst ausgehen, nur dann wird sie ausreichend und übersichtlich sein. Genosse Meerfeld macht nun folgenden Vorschlag: Es sollen für die Zukunft nicht nur in den einzelnen Orten eine Berichterstattung über Lohnbewegungen usw. erfolgen, auch die Gaubeamten und die Zentralen der einzelnen Verbände müßten dazu übergehen, einen einheitlichen Nachrichtendienst für die Tagespresse zu organisieren. Die Gewerkschaftsblätter erscheinen mit einer einzigen Ausnahme höchstens einmal wöchentlich und können zudem von den vielbeschäftigten Redakteuren der sozialdemokratischen Zeitungen nur flüchtig gelesen werden. Zur Informierung der Tagespresse über Lohnbewegungen und dergleichen genügen sie also gar nicht. Es bedarf dazu neuer Einrichtungen, der Schaffung von regelmäßigen Korrespondenzen, die mit möglichster Schnelligkeit und Knappheit der Parteipresse eines bestimmten Bezirks oder, wenn nötig, die gesamte Parteipresse über alles Wissenswerte aus den Gewerkschaftskämpfen unterrichten. Gewerkschaften und Parteipresse wäre damit gleicherweise gedient. Die immer umfangreicher werdenden Lohnbewegungen und Aussperrungen machen es immer notwendiger, daß die Parteipresse von den Gewerkschaftsinstanzen Mitteilungen über den Stand der Sache erhalten. Vielfach wird das heute schon gemacht, aber der Vorschlag im „Korrespondenzblatt" wäre doch ein Schritt weiter auf dem Wege der beschleunigten Berichterstattung an die Parteipresse.

Einen glänzenden Verlauf nahm auch heuer wieder der Maskenball des Gesangvereins „Eintracht", der gestern in sämtlichen Räumen des prächtigen Vereinshauses abgehalten wurde. Außerordentlich zahlreich waren sowohl die Masken als auch die Zuschauer vertreten. Einen herrlichen Anblick gewährte der Maskenzug mit seinen teilweise recht charakteristischen Masken; u. a. bemerkten wir, daß auch der „höchst ehrenwerte Stand der Dienstboten" in demselben vertreten war. Lebhaften Beifall fand die Aufführung, die nach jeder Richtung hin befriedigend ausfiel.

Glücklich abgelaufen. Am Sonnabend kam aus einem Hause in der Johannisstraße ein Kind gelaufen, das angsterfüllt erzählte, es brenne in einer Wohnung, in welcher ein Kind eingeschlossen sei. Als hülfsbereite Leute in das fragliche Zimmer drangen, fanden sie das Kind zwar unversehrt vor, doch brannte auf einem Kochapparat ein Behälter mit Fett lichterloh. Es gelang das Feuer zu löschen, bevor ein weiterer Schaden angerichtet war. Wenn das Feuer nicht rechtzeitig bemerkt wäre, hätte sich leicht ein schreckliches Unglück ereignen können.

Ernennung. Der Senat hat den bisherigen Schutzmann Josef Franz Hübler zum Gerichtsvollzieher ernannt und den Tag seines Dienstantritts auf den 1. März 1906 festgesetzt.

Leichenfund. Heute Mittag fand man im Kanal unterhalb der Glockengießerstraße die Leiche eines seit November vorigen Jahres verschwundenen, im Feuerungsgeschäft von Uter tätigen Kutschers. Ob Selbstmord oder Unglücksfall vorliegt, ist noch nicht festgestellt worden, doch deuten die Umstände auf Verunglückung hin. Der Verstorbene hinterläßt eine zahlreiche Familie.

Wahl. Von der Gemeindeversammlung in Krummesse ist anstelle des aus dem Gemeindevorstande ausgeschiedenen J. H. C. Dürkop der Gastwirt W. H. J. Koop zum Vorsitzenden des Gemeindevorstandes auf die gesetzliche Amtsdauer von 6 Jahren erwählt worden.

Gesellenprüfung. Diejenigen, nicht bei einer Innung eingeschriebenen gewerblichen Lehrlinge, deren Lehrzeit um Ostern d. Js. abläuft, werden aufgefordert, ihre Anmeldung zur Gesellenprüfung spätestens bis zum 15. März d. J. im Geschäftszimmer der Gewerbekammer, Breitestraße 271 unter Benutzung der dort abzufordernden Formulare und unter Einzahlung der Prüfungsgebühr von 5 Mk. einzureichen.

Stadthallen-Theater. Aus dem Theaterbureau schreibt man: Am Dienstag wird das Schauspiel „Die Karlsschüler" von Heinrich Laube zur Aufführung gelangen. Mittwoch findet die nächste volkstümliche Vorstellung zum Einheitspreise von 50 Pf. statt, es wird zum letzten Male das reizende Lustspiel „Die beiden Leonoren" wiederholt.

Straßensperre. Wegen Herstellung einer Gaszuleitung wird die Straße „Kolk" am 26. ds. Mts. für den Fuhrwerksverkehr gesperrt.

Aufgehobene Straßensperre. Die am 4. November v. Js. angeordnete Sperrung der Fackenburger Allee vom Lindenplatz bis zur Schwartauer Allee für den Fuhrwerks- und Fahrradverkehr wird vom 25. ds. Mts. ab aufgehoben. Vom gleichen Tage ab wird die provisorische Straße über den Lindenplatz für den Fuhrwerks- und Fahrradverkehr gesperrt.

Holzverkauf. Am Freitag, den 2. März 1906, von vormittags 10 Uhr ab, sollen in der Gastwirtschaft „Neu-Lauerhof" öffentlich meistbietend verkauft werden: 1) aus dem Bezirk Rittbrook, Forstorte Schwerin und Fuchsberg: Ca. 90 Rm. eichen Kluft und Knüppel, 30 Rm. weißbuchen und eschen Kluft und Knüppel, 50 Haufen weißbuchen und eichen Busch, 9 Haufen tr. fichten Busch, zum Teil Bohnenstangen enthaltend; 2) aus dem Bezirk Wesloe, Forstorte Wesloer Moor und Tannen: Ca. 3 Rm. kiefern Knüppel, 63 Rm. birken und erlen Kluft und Knüppel, 23 Haufen kiefern und weichholz Busch; 3. aus dem Bezirk Alt-Lauerhof, Forstorte Steinkrug und Torfmoorholz: Ca. 70 Rm. kiefern Kluft und Knüppel, 180 Rm. buchen Kluft und Knüppel, 70 Haufen buchen und eichen Busch, von Holz Nr. 1001 aufwärts; im Steinkrug: 28 Rm. buchen Knüppeldeputatholz = Nr. 10—37. Zahlungen werden nach Verkauf entgegengenommen.

pb. **Selbstmord.** Ein in der Friedenstraße wohnender lediger Zigarrenmacher machte am Sonntagmittag seinem Leben durch Erschießen ein Ende. Das Motiv zur Tat ist unbekannt.

pb. **Du sollst nicht begehren Deines Nächsten Weib . . .** Gegen einen Tischlereiarbeiter, der seiner Schwiegermutter 300 Mk. stahl, indem er ihr das Sparkassenbuch wegnahm und das Geld erhob, wurde Strafantrag wegen Diebstahls gestellt. Er suchte unter Zurücklassung seiner Familie das Weite. In seiner Begleitung befindet sich die Ehefrau seines Freundes, die Mann und 5 Kinder im Stiche ließ.

Hamburg. Schwere Unglücksfälle. Dem Rangierer Meinsen wurden auf dem Hannoverschen Bahnhof während eines Schneegestöbers, das seinen Blicken einen herannahenden Rangierzug entzog, beide Beine oberhalb der Knie abgefahren. Von seinen im Samariterdienst ausgebildeten Kameraden wurde ihm die erste Behandlung zu teil und nach einer Viertelstunde befand er sich im Krankenhause zu St. Georg, wo ihm die Beine amputiert wurden. — Ein Unglücksfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich am Sonnabend abend in der Schanzenstraße. Ein unbekannter Seemann geriet dort auf noch nicht festgestellte Weise unter einen Motorwagen der Straßenbahn. Der Unglückliche hatte schwere Kopfverletzungen erlitten, an denen er im Eppendorfer Krankenhaus, wohin man ihn geschafft hatte, ohne das Bewußtsein erlangt zu haben, verstarb.

Hamburg. Ein Straßenbahnunglück hat sich Sonnabend früh, etwa 5½ Uhr, auf der Straßenkreuzung Kieler- und Wilhelminenstraße zugetragen. Ein von Bahrenfeld-Altona kommender Straßenbahnzug der Linie 22 hatte eben mit seinem Motorwagen diese Kreuzung passiert, als, von der Davidstraße herkommend, durch die Wilhelminenstraße ein Straßenbahnwagen der Linie 13 heransauste. Der Motorwagen dieses Zuges fuhr mit größter Kraft in den Anhängewagen der Linie 22 hinein, hob ihn aus den Schienen und schleuderte ihn bis zum Trottoir. Alle Personen, die auf dem Anhängewagen ihren Platz hatten, wurden arg durcheinandergeworfen. Sieben Personen des Anhängewagens sind bei dem Zusammenstoß arg zu Schaden gekommen. Am schlimmsten ist der Schaffner Schweder des Anhängewagens betroffen worden. Außer einem linksseitigen Armbruch hat er noch mehrere andere, aber leichtere Verletzungen erlitten. Zwei Arbeiter sind am Kopfe und an den Händen leicht verletzt und vier weitere klagen über heftige Erschütterungen im ganzen Körper und anhaltende Kopfschmerzen. Eine Untersuchung ist eingeleitet. Sämtliche Verletzte sind aus dem Krankenhause wieder entlassen worden. — Auf dem Rathausmarkt geriet Freitagabend eine Ehefrau aus der Hansdorferstraße unter den Vorderperron eines in langsamer Fahrt befindlichen Straßenbahnwagens und mußte wegen der erlittenen schweren Verletzungen nach dem St. Georger Krankenhaus gebracht werden.

Cuxhaven. Der Strafe entzogen. Das „Cuxhavener Tageblatt" meldet: Der Mörder Schmidt ist Sonnabend mittag zwischen Altenbruch und Lüdingworth erhängt aufgefunden worden. Schmidt hatte sich vorher eine Kugel in den Mund gejagt. In seinem Besitze befanden sich 60 Patronen und 7 Mk. Der frühere Kaufmann Holtendorf in Altenbruch, bei dem sich der Mörder zuletzt aufgehalten hatte, wurde durch den Landrat Bayer verhaftet. Von Cuxhaven aus waren kurz vorher ein Feldwebel, vier Unteroffiziere und 25 Mann ausgeschickt worden. Die Cuxhavener Polizei hatte ein Kesseltreiben veranstaltet.

Eckernförde. Aus dem Reiche der Sozialpolitik. Die loyale bürgerliche Presse berichtet: „Trotzdem die drei Fischer bereits seit drei Wochen vermißt werden, sperrt die Seeberufsgenossenschaft den Hinterbliebenen die Unfallrente, weil bisher keine der Leichen aufgefunden ist. Bis nicht wenigstens eine Leiche gefunden sei, könne keine Rente bewilligt werden. Man sollte, nachdem Boot und Inventar gefunden, und an dem Tod der drei Unglücklichen nun niemand mehr zweifelt, eine derartige bureaukratische Buchstabenauslegung schlechterdings für unmöglich halten. Was soll denn die ganze sozialpolitische Einrichtung, wenn man nachher seinen Scharfsinn dafür verwendet, den Witwen und Waisen die Rente wieder wegzutüfteln? Wenn für alle diese in ihrem schweren Beruf Verunglückten keine Rente bezahlt werden soll, dann steht diese Sozialpolitik nur auf dem Papier. Wir glauben deshalb auch heute noch, daß hier ein Mißverständnis vorliegen muß."

Bremen. Starker Schneefall. Hier ist in der Sonnabend nacht ein starker Schneefall eingetreten. Etwa 20 Zentimeter hoch liegt der Schnee. In den Telephonleitungen hat der Schneefall über Nacht Störungen angerichtet wie seit Jahren nicht. Der Telephonverkehr ist ganz unterbunden, der Telegraphenverkehr teilweise. Der

Sprechverkehr nach außerhalb wird, laut „Weser-Ztg.", schwerlich vor Sonntag nachmittag wieder aufgenommen werden können. Der Straßenbahnverkehr konnte infolge frühzeitigen Salzstreuens aufrecht erhalten werden, wenn auch mit einiger Verzögerung in den ersten Morgenstunden.

Bremen. Die „Bremer Bürgerzeitung" wird ein Abendblatt! Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins hat beschlossen, vom 1. April ab die „Bremer Bürgerzeitung" nachmittags erscheinen zu lassen. Die Mehrheit einer zur Prüfung der Frage eingesetzten Kommission hatte sich gegen die Umwandlung in ein Abendblatt erklärt, die erdrückende Mehrheit des Vereins stellte sich aber auf den Standpunkt der Minderheit der Kommission und erklärte sich für die Umwandlung. Die „Bremer Bürgerztg." bemerkt hierzu: „Die Redaktion der „Bremerztg." sieht in diesem Beschluß einen erfreulichen Fortschritt in zeitungstechnischer und in sozialer Beziehung. Wir begrüßen ihn deshalb mit großer Freude. Was an der Art des Zustandekommens dieses Beschlusses, an dem Verhalten der Generalversammlung am letzten Sonntag besonders erhebend wirkte, das war der darin zum Ausdruck gekommene entschlossene Wille, gegen hergebrachte Gewohnheiten mit rücksichtsloser Entschiedenheit vorzugehen, sobald sie sich dem für notwendig erkannten Fortschritt in den Weg stellen. Wenn die Generalversammlung in ihrem weiteren Verlauf mit solcher Energie und solcher offenbaren Freude am resoluten Fortschritt weiter arbeitet, so kann sie die wichtigen Angelegenheiten unserer Partei um ein bedeutendes Stück fördern."

-r. **Oldenburg.** Landtag. Der Präsident eröffnete um 5 Uhr die Freitag Nachmittags-Sitzung. Der Entwurf, betreffend Aenderung des Rindviehzuchtgesetzes, wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Ferner hatte der Bürgerverein Eversten petitioniert um Herabsetzung der Karrenzzeit von 3 auf 1 Jahr bei Gemeinderatswahlen. Die Mehrheit des Verwaltungsausschusses beantragte Uebergang zur Tagesordnung. Die Minderheit: die Abgg. Schulz und Zeidler beantragen: Die Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Leider wurde der Antrag der Mehrheit angenommen. Der selbständige Antrag Schwarting, welcher bezweckte, eine Zeit festzusetzen bei Schulachtswahlen wurde der Regierung Material überwiesen. Die übrigen Punkte der Tagesordnung boten wenig Interessantes. Der letzte Punkt: Die Petition des Wirteverbandes des Fürstentums Lübeck, wurde von der Tagesordnung abgesetzt, da der Regierungsvertreter verhindert war; dieselbe kommt am Montag, den 5. März auf die Tagesordnung; ebenso die Gebäudesteuer für das Fürstentum Lübeck. Schluß der Sitzung 6½ Uhr.

Emden. Zur Metallarbeiter-Aussperrung in Ostfriesland. Der Verein deutscher Arbeigeberverbände versendet jetzt von Berlin aus Versemungsbriefe, um die Metallarbeiter, die aus Leer und Norden kommen, von der Arbeit auszuschließen. Im übrigen ist die große Aktion, die die neugebackenen Mitglieder des Scharfmacherverbandes in Ostfriesland auf Veranlassung des Direktors Kohlschütter in Norden gegen die Organisation der Metallarbeiter unternehmen, bis jetzt ziemlich kläglich verlaufen. Das Werk in Augustfehn hat sich nicht angeschlossen, da die Direktion nicht gewillt ist, der Schmutzkonkurrenz die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Geschlossen und einig sind die Metallarbeiter in den ihnen aufgedrängten Kampf getreten, fest davon überzeugt, so dem brutalen Gewaltstreich wirkungsvoll begegnen zu können. Die gelernten Arbeiter sind bis auf ein paar Mann sämtlich aus ihrem Arbeitsverhältnis ausgetreten. Alle Versuche der Fabrikanten, unter den Arbeitern noch Verräter an ihrer eigenen Sache zu finden, sind an der ehrenhaften Gesinnung der ostfriesischen Arbeiter gescheitert, und so können wir dem weiteren Verlauf der Sache mit der größten Ruhe entgegensehen. Ausgesperrt sind in Leer 247 Mann, in Norden sind 98 in den Streik getreten und 4 Mann ausgesperrt.

Stadthallen-Theater.

„Die lustigen Weiber von Windsor," Oper in vier Akten von Nicolai. Mit der Aufführung von Nicolai's reizenden „lustigen Weibern" hat das Repertoir des Stadthallen-Theaters eine wertvolle Bereicherung erfahren; das ist um so freudiger zu begrüßen, als auch die Wiedergabe der Oper durchweg flott und interessant war. Die beiden „lustigen Weiber" wurden von Frl. Schläger und Frau Jäger mit glücklichem Humor gespielt; gesanglich erfreute besonders die letztgenannte Künstlerin durch die exakte Ausführung der an Koloraturen reichen Partie der Frau Flut. Den dicken John Fallstoff gab Herr Liman in grotesker Weise, ohne sich zu Uebertreibungen verleiten zu lassen. Den eifersüchtigen Herrn Flut spielte Herr Helmar recht lebhaft, während Herr von Borkowsky als Reich sich ziemlich passiv verhielt. Das Liebespaar Anna Reich und Fenton hatte in Frl. Major und Herrn Jerschke annehmbare Vertreter gefunden; die erstgenannte junge Künstlerin hat gegen früher bemerkenswerte Fortschritte gemacht. Die beiden seltsamen Freier Spärlich und Dr. Cajus wurde von den Herren Lieban und Böttcher befriedigend gegeben. Die Vorstellung, die von Herrn Kapellmeister Weys dirigiert wurde, fand den lebhaften Beifall des zahlreich erschienen Publikums.

P. L.

Letzte Nachrichten.

Straßburg. Während eines vorübergehenden Aufenthalts in der Wohnung unternahm der frühere Polizeikommissar Stephany in Zürich gestern abend einen romantischen Fluchtversuch im Automobil; er stürzte dabei und wurde schwer verletzt in die Haft zurückgeführt.

Prag. In Pokalitz bei Kaaden kam der Gemeindehirt mit seinen vier Enkeln bei einem Brande in den Flammen um.

Aus Nah und Fern

Die anonyme Briefschreiberin und ihre Strafe. Die Strafkammer zu Bochum verurteilte die Frau des Amtmanns de la Roche wegen anonymer Briefschreiberei und Beleidigung in acht Fällen zu drei Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte für jeden Fall 300 Mk Geldstrafe beantragt.

Lübecker Marktpreise vom 24. Februar.

Bauern-Butter Pfd. 1,25 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,40 Mk., Hasen Stck. — Mk., Enten Stck. 4,00 Mk., Hühner Stck. 2,50 Mk., Küken Stck. 2,50 Mk., Tauben Stck. 0,60 Mk., Gänse Pfd. —,85 Pf., Fluckgans — Mk., Schweinskopf Pfd. 0,60 Mk., Schinken Pfd. 1,10 Mk., Wurst Pfd. 1,30 Mk., Eier 8 Stück 60 Pfg., Karpfen Pfd. 1,00 Pfg., Ger. Lachs Pfd. 1—2,40 Mk., Karauschen Pfd. 80 Pfg., Hechte Pfd. 80 Pfg., Barsche Pfd. 80 Pfg., Aal Pfd. 1,00 Mk., Aepfel, beste Gravensteiner 100 Pfd. —,— Mk., Ronnen 100 Pfd. —,— Mk., andere Sorten 100 Pfd. 20—30 Mk., Pflaumen 100 Pfd. — Mk., Blumenkohl, d. Kopf 30 Pfg., Hamb. Kirschen, Pfd. — Pfg., Kohl 100 Pfd. 4,— Mk., Gurken Pfd. —,— Mk., Zwiebeln 100 Pfd. 4,00 Mk., Kartoffeln, beste franz., 200 Pfd. 6,— Mk., per 10 Liter 50 Pfg., magnum bonum 200 Pfd. 4,00 Mk., Kartoffeln 10 Liter 40 Pfg. Heringe 8 St. 60 Pf.

Amtliche Notierungen der Produktenbörse.

Inländisches Getreide. Lübeck, 24. Februar

Weizen, 120—130 Pfd. holl., Mk. 160—171. Roggen 120—125 Pfd. Mk. 155—160 Hafer, je nach Qualität Mk. 157—163, Gerste, je nach Qualität Mk. 155—166.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 24. Februar 1906.

Der Schweinehandel verlief mittelmäßig.

Zugeführt wurden 1568 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Sengschweine — Mk., Versandschweine: schwere 75 Mk., leichte 75—75½ Mk., Sauen 68—74 Mk. und Ferkel 72—74 Mk. pro 100 Pfund.

Sonntag mittag entschlief sanft nach kurzer schwerer Krankheit mein lieber Mann und unser guter Vater, Schwieger- und Großvater

Wilh. Alwert

im 56. Lebensjahre. Tiefbetrauert von mir, meinen Kindern und allen Verwandten.

Anna Alwert, geb. Hein.

Beerdigung Donnerstag den 1. März, 11½ Uhr, von der Kapelle Burgtor aus. Trauerfeier 11¼ Uhr.

Allen, die unserm lieben Entschlafenen die letzte Ehre erwiesen und seinen Sarg so reich mit Kränzen schmückten, auch seinen Mitarbeitern der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband sagen herzlichen Dank.

Familie Ballerstein.

Logis nach vorne zu vermieten

Gloxinstraße 7, 1. Et.

Daselbst ein guterhaltener Kinderwagen.

Zwei Dreizimmer-Wohnungen

à Mk. 200 und Mk. 210

Kottwitzstraße 34.

Flotter Damen-Masken-Anzug

zu vermieten Fackenburg 97.

Konsumverein für Lübeck u. Umg.

Gesucht ein Lehrmädchen.

Schriftliche Angebote sind bis zum 3 März einzureichen.

Angehörige der Mitglieder werden bevorzugt

Der Vorstand.

Großer Schrank mit Glas-Aufsatz

billig zu verkaufen Martinstraße 21 c.

Für Vereins- und Gewerkschaftsbibliotheken sowie Freunden guter Romanliteratur empfehlen wir:

Streikbruch oder Sieg der Arbeit.

Sozialistischer Roman der Gegenwart

864 Seiten stark mit vielen Illustrationen

Preis geb. Mk. 2.50.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 50.

Adolf Hübner, Uhren u. Goldwarenhandlung, u. Reparaturwerkstatt. Fünfhausen 13.

Große Möbel-Ausstellung.

Wer billig und gut Möbel kaufen will, besuche

Paul Rehder's Möbelgeschäft

13 Hundestraße 13.

Gebe auf sämtliche Möbel 2 Jahre schriftliche Garantie.

Durch unseren Verlag zu beziehen:

„Bilder aus Lübecks Vergangenheit".

Zusammengestellt von

Theodor Schwartz.

Aus dem Inhalt des 639 Seiten umfassenden Werkes heben wir das Nachstehende hervor:

Das „wendische" („Alt")-Lübeck an der Schwartau. — Das „welfische" Lübeck. — Das „kaiserliche" Lübeck. — Das „reichsfreie" Lübeck. — Das „hansische" Lübeck. — Die ersten bürgerlichen Unruhen in Lübeck. — Der große nordische Krieg. — Jürgen Wullenwever. — Lübecks letzter hansischer Krieg. — Die Reiser'schen Unruhen. — Der große Bürger-Rezeß von 1669. — Gotteslästerungs- und Hexenprozesse in Lübeck. — Die lübeckischen Zünfte. — Die Gesellenverbände in Lübeck. — Lübeckische Sagen u. Volkspoesien. — Das kaiserlich-französische Lübeck. — Nach der Restauration. — Ueber die Zustände der inneren Stadt im vierzehnten, sechszehnten und achtzehnten Jahrhundert nebst einer Schilderung des Stadtbildes am Ende des achtzehnten Jahrhunderts.

Preis: brosch. Mk. 4.—, geb. in Leinwd. Mk. 5.— oder in 20 Lieferungen à 20 Pfg.

Friedr. Meyer & Comp.

Buchdruckerei und Verlag des „Lübecker Volksbote"

Johannisstraße 50.

Bestellungen werden von unseren Kolporteuren zu jeder Zeit entgegengenommen.

Uhrfeder einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.

1 Jahr Garantie.

Ernst Gentzen, Uhrmacher

Königstraße 62, b. d. Hüxstraße.

Empfehlungs-Karten

liefert prompt und sauber

Die Druckerei des Lüb. Volksboten

Nordd. Bierhalle.

Johannisstraße 5.

Skat-Klub „Grundehrlich".

Preis-Skat

am Dienstag den 27. Febr. d. J.

abends 9 Uhr.

Gäste willkommen.

Der Vorstand

Verband Deutscher Schneider und Schneiderinnen.

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag den 27. Febr.

abends 9 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52.

Tagesordnung:

1. Berichterstattung des Gesellenausschusses.
2. Kartellbericht.
3. Verschiedenes.

Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend notwendig

Die Ortsverwaltung.

734 Personen besuchten Sonnabend u. Sonntag das **Weltrestaurant**

Hansa-Theater.

Donnerstag den 1. März:

Eröffnungs-Vorstellung.

Billetvorverkauf täglich in Sagers Zigarrengeschäft, Kohlmarkt.

Stadthallentheater.

Dienstag den 27. Februar. 8 Uhr.

108. Abonn.-Vorst. 22 Dienst-Abonn.

Fest-Vorstellung zur Feier der Silberhochzeit des Kaiserpaares.

Die Karlsschüler.

Schauspiel in 5 Akten von Laube.

Mittwoch: Jeder Platz 50 Pfg.

Die beiden Leonoren.

Donnerstag den 1. März. Im Abonnement.

Einmaliges Gastspiel des Heldentenors

A. Pennarini

vom Hamburger Stadttheater.

Die Jüdin.

Billets sind bereits zu haben.

[illegible] für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie der mit P. L. gezeichneten Artikel [illegible] — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie die mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: [illegible]. Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtlich in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 48. Dienstag, den 27 Februar 1906 13. Jahrgang.

Eine Drechslerversammlung im Zuchthaus.

Unser alter Harzer Parteigenosse Heinrich Matthies, den vor bald anderthalb Jahrzehnten die preußische Klassenjustiz einer Magdeburger Geschworenenbank wegen angeblichen Meineids ins Zuchthaus schickte, sendet dem „Hamb. Echo" folgende Schilderung einer lustigen Episode aus seinen Zuchthauserlebnissen als ein Zeichen, daß der alte „Harzer Pionier" seinen Humor noch immer nicht verloren hat:

Ich war schon 18 Monate hier im Zuchthause, noch sechs waren abzurollen. Wir hatten eben zum 1. Mai 1894 eine dauernde Brotzulage (es waren 145 Gramm täglich) erhalten, und nun war ich schon wieder gezötigt, in eine „Bewegung" einzutreten, um andere Mißstände zu beseitigen.

Ich hatte nämlich bei einer genauen Durchsicht der Pensumtabelle bemerkt, daß ich und andere Drechsler „beschalbelt" werden.

Während nach der Tabelle von den „Zwanzigeraufsätzen" sechs Dutzend zu liefern waren, hatte ich nach Ausweis meines Abrechnungsbuchs neun Dutzend liefern müssen. — Der Staat und ich, sowie meine Mitgefangenen wurden um ein Teil unserer Arbeitserträgnisse betrogen.

Ein Schreibfehler lag nicht vor.

Eine Versammlung der gefangenen Drechsler mußte unter allen Umständen stattfinden. Es mußte auch eine „Lohnkommission" gewählt werden, um dem Zuchthausdirektor die Sache formgerecht vorzutragen.

Obwohl ich als gefährlicher Verbrecher während meiner ganzen Strafzeit isoliert war, hatte ich doch schon 21 Tage Dunkelarrest bei Wasser und Brot abgemacht.

Und nun mußte ich schon wieder den Aufwiegler — Hetzer — Rädelsführer machen. Eine Beschäftigung, die zu meinem guten Herzen, meinem ruhigen Gemüte ganz und gar nicht paßte.

Montagabend 6 Uhr erschienen in meiner Zelle wie gewöhnlich zwei Gefangene, um Drehspäne abzuholen. Ein Aufseher und ein Werkmeister in Zivil paßten auf, daß bei der Gelegenheit kein Wort gesprochen wurde. Deshalb war ich genötigt, ganz leise zu flüstern:

„Mittwochmorgen 9 Uhr, soll eine Versammlung sämtlicher Aufsatzdrechsler stattfinden, in der jeder bestimmt zu erscheinen hat. Tagesordnung: 1. Position 18 der Pensumtabelle. 2. Wahl einer Lohnkommission."

Dienstagabend brachten die Späneiransporteure die Nachricht, daß zu bestimmter Stunde alles am Platze sei, daß niemand fehlen würde. —

Mittwoch früh um 5 Uhr meldete ich mich krank. Der Magen war nicht in Ordnung — „und an die Rippen pocht das Männerherz" — Herzklopfen!

Um 8 Uhr 45 Minuten hatte ein Aufseher sämtliche kranke Zuchthäusler zusammengeholt. Aus der großen Nation der Drechsler brachte er die meisten. Lauter „Aufsatzdrechsler." Auf dem großen Korridor vor dem Zimmer des Herrn Oberstabsarztes erwarteten wir die Ankunft desselben. In dieser Viertelstunde wurde die „Tagesordnung" erledigt, und weil nur „sachlich" verhandelt wurde, konnte auch die Kommission gewählt werden.

Obwohl die Versammlung einen äußerst ruhigen Verlauf nahm, wurde ich doch von dem überwachenden Beamten mit den Worten angehaucht:

„Matthies, Du denkst wohl, Du bist hier in einer Volksversammlung — wenn Du die Lawwe nicht hälst, dann gehen wir beide mal vor den grünen Tisch. Verstanden!"

„Zu Befehl — Herr Aufseher!" erwiderte ich so höflich wie möglich.

„Der Geist der Medizin ist leicht zu fassen." Es gelang mir auch noch, bei dieser Gelegenheit eine Flasche Medizin zu erbeuten. Donnerstag stand ich als Mitglied der Lohnkommission vor dem Herrn Direktor und begründete unsere Beschwerden. Drei Stunden lang hat sich dann die ganze Gesellschaft bemüht, zu erfahren, auf welche Weise die Lohnkommission zu stande gekommen war.

Es sollte durchaus ein Komplott sein, es sollte eine Verabredung stattgefunden haben und nur, weil auch nicht das allergeringste nachgewiesen, wurde uns Entlastung erteilt.

Die Beschwerden, wollte sagen die Mißstände, ja, die waren gar nicht vorhanden, und nur, weil wir bona fide — im guten Glauben gehandelt hätten, wolle er, der Herr Direktor, von einer Bestrafung absehen.

Aber unsere Abrechnungsbüchen!!!

Die Pensumtabelle!!!

Mein Kommissionskollege, ein alter Zuchthäusler, schüttelte den Kopf. — — —

Freitag lieferte ich „Zwanzigeraufsätze" ab, da war sechs Dutzend „Persum"!

„Das war doch früher nicht."

„Das war immer so", erwiderte in sehr bestimmten Ton der Aufseher.

Und die Moral?

Manche Leute sagen oft: Ja, wenn wir hier am Ort ein Lokal hätten, dann — — —

Wie man hier sieht, kann man sogar im Zuchthause Versammlungen abhalten. „Wo ein Wille ist, da ist ein Weg", sagen die Engländer.

Gewerkliches und Berufliches.

Aus dem in- und ausländischen Gewerkschaftsleben. Auf den deutschen Elektrizitätswerken Garbe u. Lahmeyer in Aachen haben sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen (450) wegen fortgesetzter Lohnreduzierung die Arbeit gekündigt. — Aus Berlin wird berichtet: Trotzdem auf die Beschwerden der Fuhrherren und Droschkenkutscher eine ablehnende Antwort des Ministers eingelaufen ist, wird es nicht zu einem Streik kommen. Die Fuhrherren fürchten bei einem gemeinsamen Vorgehen gegen die Polizei Schwierigkeiten für ihren Beruf. Sie sind überdies nicht gewillt, am Tage eines höfischen Festes zu streiken, da sie „als königstreue Männer" auf den Verdienst bei solcher Gelegenheit nicht verzichten wollen. Die Droschkenführer werden nun eine eigene Versammlung abhalten. — Streik und Aussperrung der Mülhauser Textilarbeiter und Arbeiterinnen. Am 22. Februar traten etwa 200 Arbeiter der Firma Frey u. Co. nach vorausgegangener Kündigung in den Streik, da sich die Firma weigerte, den Zehnstundentag einzuführen. Etwa 500 Arbeiter und Arbeiterinnen wurden von der Firma ausgesperrt, so daß der Betrieb ruht. Da die Fabrikanten mit Aufträgen überhäuft sind, so haben sie die angedrohte Aussperrung der gesamten in der Baumwollindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen bis auf weiteres hinausgeschoben. — Etwa tausend Arbeiter der Bergwerke in Joeuf (Frankreich, Departement Moselle) sind in den Ausstand getreten. Aus Verdun sind Truppen dorthin entsandt.

Der sechste Jahreskongreß der englischen Arbeiterpartei. Am 15. und 16. ds. Mts. traten in der Memorial-Hall zu London die Delegierten der an das Labour Representation-Comitee angeschlossenen Arbeiterkorporationen zusammen, nachdem, wie schon mitgeteilt, am Tage vorher die gewählten Abgeordneten eine Zusammenkunft gehabt hatten. Das Arbeitervertreter-Komitee, das erst im Jahre 1900 gegründet wurde, ist heute bereits zu einem bedeutenden Faktor im politischen Leben Englands geworden. Nachdem die englische Arbeiterklasse Jahrzehnte hindurch der liberalen Partei Heeresdienste geleistet, hat sich die Idee einer unabhängigen Arbeiterpolitik in der großen Masse der englischen Arbeiter nur langsam Bahn brechen können. Der Umschwung, der sich im letzten Jahrzehnt vollzogen, und der in Zukunft zweifellos ein noch viel schnellerer sein wird, ist vor allem dem Wirken der englischen Sozialisten zu danken. Ein weiteres hat die englische Regierung, vor allem aber die Lords mit der Brüskierung der Trade Unions getan. Die Ueberzeugung von der Notwendigkeit eines proletarischen Klassenkampfes gegenüber den bürgerlichen Klassen gewann immer mehr an Kraft. Als dann auf dem Trade Unions-Kongreß 1899 der Sozialist James Holmes den Antrag einbrachte, einen Kongreß von Vertretern der gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und sozialistischen Korporationen einzuberufen, um über Mittel und Wege zu beraten, wie die Zahl der parlamentarischen Arbeitervertreter erhöht werden könne, fand dieser allgemeine Zustimmung und die Gründung der neuen Partei vollzog sich bereits im Februar 1900. Hatten die Gewerkschaftskongresse schon in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung verloren, so gewann die neue politische Arbeiterbewegung unerwartet schnell und in steigendem Maße an Einfluß. Hat doch die Partei bei den letzten Wahlen in den 50 Wahlkreisen, in denen sie Kandidaten aufgestellt hatte, insgesamt 323 195 Stimmen aufgebracht. Der diesjährige Kongreß war von 350 Delegierten beschickt, die insgesamt 921 000 Mitglieder vertraten. Als Präsident des Kongresses wurde auf Vorschlag Keir Hardis der Sozialist Henderson gewählt. In seiner Eröffnungsrede feierte dieser den Sieg der Arbeiterpartei; er verwies darauf, daß 49 von den Mitgliedern des Grand-Komitee, welches die Verschlechterung des Gewerkschaftskongresses herbeigeführt hatte, bei den Wahlen 29 auf der Strecke blieben. Auf die neue Regierung setze er keine große Hoffnungen, „es ist ganz die gleiche, wie die alte . . . wir werden ihr unsere Unterstützung angedeihen lassen wenn möglich und wir werden sie bekämpfen, wenn immer es uns notwendig erscheint." Die Arbeitervertreter, so führte der Redner weiter aus, haben größere Verantwortung als die Anhänger des Ministeriums; sie haben darüber zu wachen, daß die Politik der Regierung in Uebereinstimmung sich befinde mit den Interessen der Allgemeinheit. Im Parlament werde es an Versuchen, die Partei zu spalten, nicht fehlen, aber er sei der festen Ueberzeugung, daß zwischen den Sozialisten und den Gewerkschaften so viele gemeinsame Berührungspunkte bestehen, daß sie zusammen arbeiten würden für die Ziele, die ihnen gemeinsam sind. Die Erfolge der Wahlen haben gezeigt, daß die Arbeiter sich endlich zugunsten einer fester geeinten, unabhängigen Politik bekehrt haben, „und die Prinzipien, auf Grund deren wir vereinigt sind und unsere Wahlerfolge erzielt haben, müssen wir auch aufrecht erhalten. Diese klaren und zielbewußten Worte des Präsidenten wurden mit großem Beifall aufgenommen und durch keinen anderen Redner abgeschwächt. Es folgten Begrüßungsreden, u. a. auch eine des als Gast anwesenden Genossen Jean Longuet (der bekanntlich ein Enkel von Karl Marx ist und in Paris lebt). Der zweite Verhandlungstag brachte Debatten von prinzipieller Wichtigkeit. Harry Quelch und Fred Knee brachten den Antrag ein, das Exekutivkomitee der Partei zu beauftragen, ein Programm auszuarbeiten, das alle Kandidaten, die vom Arbeitervertreterkomitee unterstützt werden, anzuerkennen haben. Welchen Wert, so sagte Quelch, hat eine Partei ohne Programm. Wir pflegen die Liberalen und Tories zu verhöhnen wegen ihrer Programmlosigkeit; diese sind in dieser Beziehung aber noch immer besser vorgesehen, als die Arbeiterpartei. In einer Tageszeitung seien kürzlich die individuellen Auffassungen einer großen Anzahl von Mitgliedern der Arbeiterpartei wiedergegeben worden. Nun, eine widerspruchsvollere Sammlung von Prinzipien habe er noch nie gesehen. Bis wir uns, so schloß Genosse Quelch, nicht ein festes, auf breitester Grundlage aufgebautes Programm geben, wissen wir nicht, wer wir sind. — Frank Smith schlug vor, daß die Kandidaten ihre Wahlmanifeste dem Komitee zur Durchsicht zu unterbreiten haben. Der Genosse Pete Curran sprach gegen Quelch. Das erste Jahr wenig-

Sybil.

Sozialpolitischer Roman von Disraeli.
Uebersetzt von Natalie Liebknecht.

22 Fortsetzung.

„Mein Mann wünscht Ihren Mann zu sehen," sagte Frau Mullins mit blitzenden Augen, „und Sie wissen, warum."

„Jawohl, — natürlich," erwiderte Liza Gray, „aber wie sollen wir ihm das Geld, das wir ihm schuldig sind, mit einem solchen Tommybuch bezahlen, gute Nachbarin Mullins?"

„Wir sind eben so arm, wie unsere Nachbarn, Frau Gray und wenn wir nicht bezahlt werden, müssen wir borgen. Es ist eine wahre Schande, in das Leihhaus gehen zu müssen, weil man Geld, das man einem Freund geliehen, nicht zurück bekommen kann. Sie könnten es möglich machen, Liza Gray, Sie hatten es in Ihrer Not, und wir brauchen es in unserer Not. Und ich will und muß es haben, Liza Gray."

„Ruhig, wecken Sie nicht das Kind, es ist so leicht erschreckt."

„Ich will die fünf Shillinge haben, oder irgend etwas dafür", sagte Frau Mullins.

„Ruhig, ruhig, Nachbarin, ich will Ihnen was sagen: Sie sollen das Geld bekommen, geben Sie noch sein bischen Zeit. Heute ist großer Tommy Tag, und unsere Rechnungen werden auf fünf Wochen geregelt, mein Mann hat übermorgen Geld zu ziehen; er wird fünf Shillinge bekommen, und Ihnen dann die Hälfte geben."

„Und die andere Hälfte?"

„Ach, die andere Hälfte," sagte Liza Gray mit einem Seufzer. „Nun gut denn — wir werden in unserer Familie bald einen Todesfall haben, — dieses arme Baby kann nicht mehr lange leben, es ist in zwei Leichenkassen — das macht drei Pfund Sterling von jeder, und von dem Leichentrunk und der Beerdigung wird noch so viel übrig bleiben, um all' unsere Schulden zu bezahlen und uns wieder auf die Beine zu bringen."

Die Türen des Tommyladens öffneten sich. Das Hereindrängen war ähnlich wie der Ansturm in ein Theater, wenn irgend ein Stern erster Größe auftritt: Stoßen, Quetschen, Schlagen, Zerren, Schreien.

Auf hohem Sitz, vor jeder Berührung mit der Menge durch ein Geländer bewahrt, saß Herr Diggs senior mit einem herablassenden Lächeln auf seinem scheinheiligen Gesicht, eine Feder hinter dem Ohr, und seinen notgedrungenen Besuchern mit honigsüßen Worten Ruhe und Ordnung anempfehlend. Hinter dem Ladentisch, der eine uneinnehmbare Festung war, stand sein vielberufener Sohn, der junge Joseph, oder Joe, ein kurzer, schlecht gewachsener Köter, dessen Gesicht den Stempel niedriger Denkart, der Unterdrückungssucht und Bosheit trug. Sein schwarzes, schmieriges, dünnes Haar, seine Stumpfnase, sein geweines, rotes Gesicht mit den hervorstehenden großen Zähnen, bildete einen eigentümlichen Gegensatz zu dem milden, länglichen Gesicht seines Vaters, der einem Wolf in Schafskleidern sehr ähnlich sah.

Die ersten fünf Minuten tat der junge Herr Joseph Diggs nichts, als auf seine Kunden zu fluchen und zu schimpfen, gelegentlich dabei sich über den Ladentisch beugend, um die ihm zunächst stehenden Frauen mit der Faust zu knuffen oder die Mädchen an den Haaren zu rupfen.

„Ich war zuerst da," sagte eine Frau ärgerlich.

„Nein ich," sagte eine andere.

„Ich war hier," sagte die erste, „als die Uhr vier schlug, und ich setzte mich auf die Stufen, weil ich früh zu Hause sein muß; mein Mann hat sich ein Knie verletzt."

„Wenn Sie die Erste waren, sollen Sie die Letzte sein," sagte „Meister" (Master, „Meister" ist in England der Titel des Sohnes, namentlich des einzigen oder des ältesten.) Joseph, „so sind Sie für Ihre Mühe belohnt"; und er wendete sich zu einer Frau.

„O, haben Sie doch Erbarmen mit mir," sagte die in ihren Hoffnungen so bitter getäuschte Frau, „ich bin schon mitten in der Nacht aufgestanden."

„Um so törichter! Und ich weiß überhaupt nicht, warum Sie eigentlich kommen," höhnte Meister Joseph, „denn Sie haben eine verwünscht lange Rechnung, das kann ich Ihnen sagen."

„Ich erkläre ganz feierlich —," erwiderte ängstlich die Frau.

„Machen Sie hier keinen Spektakel, oder ich springe über den Tisch und schlage Sie zu Boden, wie nichts. Was sagten Sie, Frau? Sind Sie taub? Was sagten Sie? — Wie viel vom besten Tee wünschen Sie?"

„Ich brauche keinen Tee, Herr Diggs."

„Sie wollen niemals vom besten Tee, Sie müssen sechs Lot davon nehmen oder Sie bekommen garnichts. Wenn Sie noch ein Wort sagen, schreibe ich Ihnen noch acht Lot mehr auf. Sie lange Hopfenstange, wie heißen Sie? Treten Sie zurück, oder ich werde Ihnen eine Ohrfeige geben, daß Sie bis zur nächsten Abrechnung zu Hause bleiben. Verflucht! Sie alte Gans, glauben Sie, ich will den ganzen Tag hier stehen, während Sie unverständliches Zeug brummen. Wer stößt dort? Ich sehe Sie wohl, Frau Page. Ich will's Ihnen schon anstreichen. Ach, Sie sind's, Frau Prance! Vater, schreibe der Frau Prance eine Metze Mehl auf. Ich will hier Ordnung haben. Sie sagen, der letzte Speck war etwas zu fett? So, Madame, das sagen Sie? Ich werde dafür Sorge tragen, daß Sie sich in Zukunft nicht mehr beklagen. Ich liebe es, meinen Kunden jeden Gefallen zu tun. In dem Maschinenzimmer hängt eine sehr hübsche Speckseite, die Leute brauchten etwas zum Einschmieren der Maschinen; — davon sollen Sie ein Stück

stens müsse der Arbeiterpartei Zeit gelassen werden. Prinzipien, Unabhängigkeit und eine gute Kampfesbereitschaft sei zunächst besser, als programmatische Gesetze. Quelchs Antrag wurde schließlich abgelehnt. Die Ablehnung, sich ein festes Parteiprogramm zu schaffen, ist charakteristisch für die englischen Verhältnisse überhaupt. Die größere politische Freiheit bringt es mit sich, daß geringere Abweichungen Einzelner von den Grundsätzen einer Partei viel häufiger sind als bei uns und auch einer weitgehenderen Duldung begegnen. Gleichwohl ist das Verlangen der Sozialdemokratischen Federation, zu deren Führern Quelch bekanntlich gehört, ein durchaus berechtigtes, und wenn Pete Curran dagegen sprach, so geschah dies wohl nur in Rücksicht auf die Nichtsozialisten innerhalb der Partei. Mehr Glück hatte Quelch bei der Beratung über das Frauenstimmrecht. Ben Turner beantragte, sich für die sofortige Ausdehnung des bestehenden Wahlrechts auf die Frauen auszusprechen. Dem Genossen Quelch ging dies nicht weit genug. Davon würden nur die Frauen der besitzenden, nicht aber die der arbeitenden Klassen profitieren. Er beantragte deshalb folgendes Amendement: „Der Kongreß erklärt die Zeit für gekommen, das gleiche Wahlrecht auf alle Männer und Frauen auszudehnen; er ist ferner der Meinung, daß jede Maßnahme, welche eine Ausdehnung des Wahlrechts auf Grund des Besitzes vorsieht, also nur einem Teil der Frauen zu Gute kommt, ein Schritt nach rückwärts bedeutet und bekämpft werden muß." Diese Resolution wurde mit 435 000 gegen 432 000 Stimmen angenommen. Das Arbeitslosengesetz wurde als ungenügend selbst für vorübergehende Abhilfe erklärt. — Zur Schulgesetzgebung lagen eine Anzahl Resolutionen vor, von denen die wichtigsten forderten: Freie Speisung der Schulkinder und Durchführung des weltlichen Unterrichts. Nach heftiger Debatte wurden diese mit 317 000 gegen 76 000 Stimmen zum Beschluß erhoben. Der Plan: Gründung einer täglich erscheinenden Zeitung wurde dem Exekutiv-Komitee zur weiteren Beratung überwiesen. Die Kosten sind auf 2 000 000 Mark veranschlagt. — Als Sekretär wurde Macdonald wiedergewählt. Der nächste Kongreß wird in Belfast abgehalten werden.

Der weiße Schrecken. In Stargard standen am Dienstag eine Reihe Genossen wegen des preußischen Wahlrechtsflugblattes unter Anklage. Vier Genossen, die die Flugblätter verteilt hatten, wurden freigesprochen, zwei Genossen, die die Pakete den Flugblattverteilern übergeben hatten, wurden zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Verteidiger wies darauf hin, daß ja keiner der Angeklagten das Flugblatt gelesen hatte. Dem Gericht fiel da wohl ein, daß die Kenntnis des Inhalts zweifellos zum Tatbestand der eventuell strafbaren Handlung gehöre. Es nahm aber ohne jeden Beweis an, daß die verurteilten Genossen das Flugblatt jedenfalls gekannt hätten. Eine Aufreizung liege vor, da auf Rußland hingewiesen sei! — Einen Tag vorher ist in Elberfeld in dem Ullenbaumprozeß wegen desselben Flugblattes auf Freisprechung erkannt worden! Welches Gericht hat nun „Recht" gesprochen? Das rheinische oder das pommersche? Wann hat die Justiz geirrt, am Montag oder am Dienstag? Und wie soll das Volk wissen, was nun eigentlich erlaubt und was strafbar ist, wenn die gelehrten Herren Juristen sich in solcher Weise widersprechen?

Der erste Kongreß der Sozialisten Brasiliens findet am 1. Mai 1906 in Rio de Janeiro statt. Nähere Auskünfte erteilt Johan Hamacek, Sabará, Minas, Brasilien.

Eine Kreiskonferenz, die am Sonntag in Gießen stattfand und von 40 Delegierten besucht war, beschloß u. a., den Vorstand des Kreiswahlvereins zu beauftragen, wegen Schaffung eines Tageblattes mit den übrigen Parteiinstanzen in Verbindung zu treten. Die Ansammlung eines Fonds für diesen Zweck ist bereits in die Wege geleitet.

Totenliste der Partei. Genosse Stadtverordneter Dreyer, Dresden Löbtau, ist in der Nacht vom Montag zum Dienstag, 57 Jahre alt, gestorben. Paul Dreyer ist einer der alten Garde, ein Genosse, der den größten Teil seines Lebens in uneigennützigster Weise in den vordersten Reihen des Proletariats gekämpft und gewirkt hat. Er stand schon als junger Mensch mitten in der Bewegung, da noch zwei Richtungen in der sozialdemokratischen Bewegung als feindliche Brüder sich gegenüberstanden. Und in den schwersten Zeiten des Sozialistengesetzes hat Paul Dreyer seinen Mann gestanden, wie nur einer; er hat sich unvergänglicher Verdienste um unsere große Sache erworben, die ihm von der Parteigenossenschaft Dresdens unvergessen bleiben.

Das Forschen nach dem Verfasser nimmt immer größeren Umfang an bei Preßprozessen gegen unsere Parteipresse. Trotzdem das Preßgesetz die Verantwortlichkeit für den Inhalt der Zeitung vollständig durch Angabe des verantwortlichen Redakteurs für gedeckt erachtet, suchen doch die Richter durch Anwendung des Zeugniszwangsverfahrens usw., auch noch den event. Verfasser zu erwischen, um so zwei Sünder bestrafen zu können. Schon in zwei Prozessen gegen Genossen Niem von der „Sächsischen Arbeiterzeitung", in denen er verurteilt wurde, wurden nachträglich noch zwei Genossen angeklagt, in denen man den Verfasser „vermutete", in dem Garnisonlazarett-Prozeß Genosse Wendel und in einem Lehrerbeleidigungs-Prozeß Genosse Richard Schmidt-Meißen. Daß man in Forst sogar drei Setzer und einen Metteur in Zeugniszwangshaft nahm, um sie zur Aussage über den Verfasser eines Artikels zu zwingen, haben wir mitgeteilt.

Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine zählten am Schlusse des Jahres 1905 nach der in Nr. 6 des „Gewerkverein" veröffentlichten Abrechnung des Verbandes der Gewerkvereine 116 143 Mitglieder. Die Zunahme beträgt also im verflossenen Jahre nur 4254 Mitglieder oder 3,9 Prozent — ein fast verschwindender Aufstieg gegenüber dem rapiden Aufschwung der freien Gewerkschaften. Für die einzelnen Gewerkvereine werden folgende Mitgliederzahlen angegeben: Bauhandwerker 1278 (im Vorjahre 1331), Bergarbeiter 2189 (597), Bildhauer 439 (456), Zigarren- und Tabakarbeiter 1287 (1102), Fabrik- und Handarbeiter 20 034 (21 197), graphische Berufe 2075 (2000), Kaufleute 13 071 (12 106), Konditoren 282 (315), Maschinenbau- und Metallarbeiter 49 713 (43 627), Schiffszimmerer 222 (214), Schneider 3686 (3830), Schuhmacher und Lederarbeiter 5430 (5690), Stuhl- (Textil-) Arbeiter 5228 (4300), Tischler 8078 (8579), Töpfer 1744 (1621), Frauen 1063 (1160), Kellner 60 (90), Reepschläger 42 (42), Vergolder 12 (12), Brauer 210 (172). Die Zunahme an Mitgliedern beschränkt sich also im wesentlichen auf die Gewerkvereine der Maschinenbauer, Kaufleute, Bergarbeiter und Textilarbeiter; die beiden letzteren verdanken sie wohl nur den umfangreichen Kämpfen der freien Gewerkschaften.

Der königl. bayrische Sozialdemokrat Hierhager, seines Zeichens Schuhmacher, klagte gegen den Genossen Schmitt wegen Beleidigung. Die Beleidigung erblickt Hierhager darin, daß Genosse Franz Schmitt gemäß eines ihm von einer außerordentlichen General-Versammlung gewordenen Auftrags in der „Münchener Post" eine Notiz veröffentlichte, in der Hierhager beschuldigt wurde, Arbeiter des Gemeinde- und Staatsbetriebes bei ihren Vorgesetzten denunziert zu haben, daß sie entgegen einem bestehenden Verbot Schuhmacherarbeiten anfertigen. Insbesondere habe er einen Arbeiter der Zentralwerkstätte, der seit 26 Jahren dort in Arbeit sei, wider besseres Wissen denunziert, daß er zu Hause Schuhmacherarbeiten anfertige und das hierzu nötige Material entwende, obwohl er schon wußte, daß dieser Arbeiter seit mindestens zehn Jahren nicht mehr „pfuschte". — Die Verhandlung gestalte sich sehr interessant. Ein Zeuge sagte u. a. aus, Hierhager sei zu Eisenbahn-Bediensteten, von denen er wußte, daß sie schustern, nach der Art eines Lockspitzels gegangen, habe sich unter falschem Namen vorgestellt und gesagt, er sei selbst Eisenbahner und wolle arbeiten lassen. Das Gericht sah den Wahrheitsbeweis als erbracht an und sprach Schmitt frei.

Aus Nah und Fern.

Ueber einen Kampf zwischen einem Gefangenenaufseher und einem Gefangenen im Lycker Gefängnis berichtet die „Lycker Ztg.": Ein polnischer Ueberläufer, ein gefährlicher Mensch, der aus dem Gefängnis in Bialla ausgebrochen war, hatte von seinem Bett den massiven eisernen Fuß abgebrochen, damit ein Loch in den Ofen gemacht und war in der Nacht durch die Oeffnung der Ofentür in den Korridor gelangt. Hier lauerte er, in einer Nische versteckt. Als der Gefangenenaufseher Matzke nun auf seinem Rundgange an der Nische vorbeiging, versetzte der Gefangene dem Nichtsahnenden von hinten mit dem schweren eisernen Bettfuß einen wuchtigen Schlag über den Kopf. Matzke, ein kräftiger Mensch, versetzte, obgleich er taumelte, dem Attentäter einen Hieb mit dem Schlüsselbund. Es entspann sich nun ein Kampf auf Leben und Tod. Der Pole suchte den Ausgang zu erreichen, und der Aufseher verteidigte ihn. Im Lauf des Kampfes, als der Aufseher einen Hieb führte, platzte der Schlüsselbundriemen, und nun hatte Matzke keine Waffe gegen den verzweifelten Angreifer. Da wurde die im Korridor befindliche nächste Lampe heruntergerissen und als Waffe benutzt. So zog sich längs des Korridors der Kampf hin. Sechs Lampen wurden zertrümmert, doch der Pole war im Vorteil. Nachdem er dem Beamten fast 20 Löcher in den Kopf geschlagen hatte, ließ er ihn für tot liegen. Er ging darauf zurück und suchte sich den großen Schlüssel vom Hauptor, der Matzke im Kampf entfallen war. Das war sein Verhängnis. Der Nachtwächter draußen hatte den Lärm gehört. Mit dem Oberinspektor und einem zweiten Aufseher drangen sie auf den sich verzweifelt wehrenden Polen ein. Nach kurzem Kampfe wurde der Verbrecher überwältigt und in Eisen gelegt. Matzke liegt schwer verwundet im Krankenhaus. Wie das Blatt hört, sollte es der letzte Nachtdienst des zum Amtsgerichtsaufseher ernannten Beamten sein.

Drei Kinder ertrunken. Aus Gnesen wird gemeldet: Drei Schulkinder sind im Klecksee eingebrochen und ertrunken. Die Leichen wurden am Freitag geborgen.

Der freundliche Staatsanwalt. Aus der staatsanwaltlichen Tätigkeit des Geheimrates Freih. v. R. erzählt man sich in Hildesheim eine hübsche Geschichte. Es sollte ein Mörder hingerichtet werden, und der Freiherr v. R. mußte kraft seines Amtes dabei sein. Kurz vor dem Fallen des tödlichen Streiches wendet sich der Mörder zu Herrn v. R. und sagt in bewegtem Tone: „Herr Staatsanwalt, ich möchte nicht aus dieser Welt scheiden, ohne Ihnen meinen herzlichen Dank zu sagen für die große Liebenswürdigkeit, die Sie mir bei Ihren Besuchen im Gefängnis bewiesen haben." Herr v. R., durch diese unerwartete Anrede verwirrt, reicht ihm die Hand und sagt: „Leben Sie wohl — ich meine in jenem Leben."

Eine Druckerei in Flammen. Aus Oberlahnstein wird gemeldet: Das Druckereigebäude des „Lahnsteiner Tagebl." ist niedergebrannt, vier Maschinen wurden zerstört, ein Feuermann tödlich verletzt. Der Materialschaden ist bedeutend.

Eine Enthüllung polizeilicher Kriegsvorbereitungen brachte die Mittwoch nachmittag in Köln tagende Versammlung von Interessenten der Waffen- und Munitionsbranche, die aus allen Teilen der Rheinprovinz nach Köln gekommen waren, um Protest zu erheben gegen die durch Verordnung des Oberpräsidenten beabsichtigte Erschwerung des Waffenverkaufs und die weitere Einschränkung der Erlaubnis zum Tragen von Waffen. In der Versammlung wurde bestätigt, was die „Rheinische Zeitung" als Vermutung ausgesprochen hatte: daß jener Erlaß als eine Folge des „roten Sonntags" anzusehen sei. Nachdem die Versammlung ihre großen Bedenken gegen die beabsichtigte neue Verordnung geltend gemacht hatte, die die Waffenindustrie ungemein schädigen müsse, ohne voraussichtlich irgend einen praktischen Erfolg zu haben, bemerkte ein Herr aus Bonn, daß er Fühlung mit einem höheren Beamten gehabt und erfahren habe, wie es gekommen sei, daß eine derartige Maßnahme so plötzlich getroffen werde. Als der „rote Sonntag" heranrückte, habe man alle Polizeiämter mit Revolvern ausrüsten wollen, aber man sei nicht in der Lage gewesen, genügend Waffen zu beschaffen, weil keine auf Lager gewesen seien und die Waffenfabriken ihre Produktionen bereits auf ein halbes Jahr voraus verkauft gehabt hätten. Es müsse der Regierung klar gemacht werden, daß die Interessenten keine Waffen an Sozialdemokraten geliefert haben, sondern daß die Waffen meistens ins Ausland gingen. Schließlich nahm man einstimmig eine Resolution an, worin die Versammlung ihr Bedauern ausspricht, daß Zeitungsberichten zufolge der Erlaß einer Polizeiverordnung beabsichtigt sei, die den Verkauf von Waffen und Munition teils ganz verbieten, teils in belästigender Weise einschränken soll; sie erwartet von den Behörden, daß bei dem in das Erwerbsleben weiterer Kreise tief einschneidenden Verbot zunächst die Interessentenkreise gehört werden durch Einberufung einer aus Vertretern der Waffen- und Munitionsindustrie, des Großhandels und des Kleinverkaufs zusammengesetzten Kommission. Die Behauptung des Bonner Herrn paßt durchaus zu den zahlreichen, in die Oeffentlichkeit durchgesickerten Geschichten über die erstaunlich naiv-kindlichen Anschauungen, die die preußischen Behörden anläßlich der Wahldemonstrationen über das Wesen der Sozialdemokratie geoffenbart haben. Die Versicherung der Waffenhändler, daß sie an Sozialdemokraten keine Waffen geliefert hätten, war sehr überflüssig: Sozialdemokraten wissen ihr Geld vorteilhafter anzulegen als in Revolvern und Dolchen. Der Erlaß des Oberpräsidenten soll auf eine Anregung aus dem Ministerium zurückzuführen sein. Das ist um so glaubhafter, als die Volksfremdheit unserer Regierenden mit ihrem Range gleichen Schritt zu halten pflegt. In Preußen kann ein Nachtwächter mehr Kenntnis des Volkslebens haben als ein Minister.

---

haben und wir wollen das Pfund zehn Pence rechnen, sehr gut geräuchert und sehr mager ist er — sind Sie nun zufrieden?"

„Ordnung dort, Ordnung! Ihr verfluchten Weibsbilder, Ordnung, oder ich werde Euch auf den Pelz rücken. Und wenn ich hier über den Tisch springe, wie sollt Ihr dann nach rechts und links fliegen! Sprich nur laut, Du Dummkopf! Glaubt Ihr, ich könnte Euer Gemurmel hier in diesem Babel verstehen? Verdammt! Ich will die Bande schon ruhig halten"; und er nahm das Ellenmaß, und sich über den Tisch beugend, schlug er nach rechts und links blind darauf los.

„O! Sie Ungeheuer!" schrie eine Frau, „Sie haben meinem Baby ein Auge ausgeschlagen."

Ein lautes Murren entstand, beinahe drohend.

„Wessen Kind ist geschlagen?" fragte Meister Joseph, in sanfterem Ton.

„Meines, Herr," sagte eine aufgebrachte Stimme; „Mary Church."

„O, Mary Church ist es!" sagte der boshafte Kobold, „dann will ich der Mary Church ein halbes Pfund vom besten Arrow-roodt (Pfeilwurzel, aus der ein sehr gutes Mehl gemacht wird.) aufschreiben, das ist das beste, was es für Babies gibt, und ich will Euch davon kurieren, daß Ihr Eure verfluchten Affen mit hierher bringt, als wenn Ihr alle glaubtet, unser Geschäft wäre eine Kleinkinderschule!

„Wo ist Ihr Buch, Susan Travers? Zu Hause gelassen? Dann mögen Sie gehen und es holen. Kein Buch, kein Tommy. Sie sind Jones' Frau? So? Anweisung auf drei Shillingen und sechs Pence von achtzehn Shillingen Lohn. Ist das alles, was Sie gebracht haben? Hier ist Ihr Geld. Sie mögen Ihrem Manne sagen, er brauche nicht mehr seinen Rock anzuziehen, um in den Schacht zu gehen. Er muß uns für verfluchte Dummköpfe halten. Sagen Sie ihm, ich hoffe, daß er sehr viel Geld hat, — genug, um nach Wales zu ziehen, denn in England wird er keine Arbeit mehr finden, oder mein Name ist nicht Diggs. Wer stößt dort? Ich werde unter Euch fahren; ich werde unter Euch fahren; ich werde das Geschäft schließen. Wenn ich einer von Euch eins auswische, Ihr verfluchten Weibsbilder, werdet Ihr es nicht vergessen. Wer mir sagt, wer da stößt, bekommt den Speck für sechs Pence! . . . zusammen verschworen? Ach, dann soll jedes den Speck mit zehn Pence bezahlen; das ist ein Spiel, bei dem zwei spielen. Stoßt nochmals, und ich springe unter Euch", schrie der wütende kleine Tyrann. Aber die Aufregung der Menge war nicht zu stillen und Meister Joseph, alle Geduld verlierend, sprang über den Ladentisch und mitten unter die entsetzten Weiber. Zwei Frauen wurden ohnmächtig, andere schrien um ihre Hüte, andere jammerten um ihre Schürzen: nichts aber beirrte Diggs, der nach allen Seiten trat, schlug und fluchte. Zuletzt hörte man allgemeine Schreckensrufe und dazwischen einen Schrei: „Ein Knabe getötet!"

Diggs senior, der von seiner Höhe herab bis jetzt mit unerschütterlichem Wohlbehagen der Szene zugeschaut hatte, und in der Tat von dieser nicht seltenen Vorstellung dieselbe angenehme Empfindung hatte, wie ein römischer Kaiser von den Zirkuskämpfen, — Herr Diggs senior dachte nun, die Geschichte könnte ernsthaft werden und erhob sich deshalb, um zur Ruhe zu mahnen, und eine friedliche Auseinandersetzung zu erwirken. Selbst Meister Joseph wurde durch diese milde Stimme besänftigt, die einem Augustus geziemt hätte.

Es schien wirklich wahr zu sein, daß ein Knabe tot war. Es war das kleine Bübchen, das nach einem Laib Brot für seine Mutter geschickt worden war und sich schon vor Oeffnung der Tür über Schwindel beklagt hatte. Der Junge war im Gedränge zu Boden gefallen und man dachte, um den Ausspruch der jungen Frau, die ihn wieder ins Leben zu bringen versuchte, zu gebrauchen, daß „er ganz erstickt wäre". Man trug ihn aus dem Laden, der Körper war in Schweiß gebadet, aber der Puls ging nicht. Angehörige waren nicht da.

„Ich will bei der Leiche bleiben", sagte die hübsche Frau, „obgleich ich dann zu spät daran komme."

In diesem Augenblick kam Stefan Morley, — denn der Leser hat zweifellos in dem Fremden, der mit den Kohlenarbeitern sprach, schon den Freund Walter Gerards erraten — an dem Tommyladen, welcher ungefähr auf dem halben Wege zwischen dem Hause, wo er die Nacht zugebracht, und Wogate sich befand. Er blieb stehen, erkundigte sich und da er ein kenntnisreicher Mann war, konnte er nach einer Untersuchung des armen Knaben die beruhigende Versicherung geben, daß das Leben noch nicht erloschen war. Er nahm den älteren Diggs auf die Seite und sagte ihm: „Ich bin der Herausgeber der „Mowbray-Phalanx", vor diesen Leuten will ich nicht mit Ihnen sprechen, aber ich sage Ihnen unumwunden: Sie und Ihr Sohn sind mir als Volksbedrücker geschildert worden. Soll es soweit kommen, daß ich über diesen Todesfall zu berichten und meine Meinung öffentlich dazu sage? Ich hoffe nicht. Noch ist Zeit und Hoffnung."

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Johs. Stelling. — Verleger Theodor Schwartz. — Druck von Frieder. Meyer & Co. — Sämtlich in Lübeck.